

Bezugspreis:

Bezugspreis: 7,50 M. monatlich, 2,00 M. freilich Haus voran zu zahlen. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Halbjährlich 3,50 M. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Wortsprache, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 20. März 1919

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Wortsprache, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:

Die abgedruckte Anzeigenzeile kostet 1,20 M. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 50 Pf. ...

Abbruch der Pofener Verhandlungen

Berlin, 19. März. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Wie wir erfahren, sind die Pofener Verhandlungen mit den Polen heute durch die Entente abgebrochen worden.

Berlin, 19. März. Der Abbruch der Pofener Verhandlungen wurde von Seiten der Entente in einer in französischer Sprache abgefassten Note mitgeteilt, in der der Standpunkt der Alliierten ausführlich dargelegt wird.

Dazu erfahren wir durch Wolff, daß der Abbruch der Verhandlungen Meinungsverschiedenheiten über die Wahl des Vorsitzenden einer paritätischen Oberkommission enthielt.

Darin liegt das Zugeständnis, daß die deutsche Regierung den Wert der Verhandlungen nicht so hoch einschätzt, als es dringend gewünscht werden muß.

Die Hamburger Seeleute verweigern die Ausfahrt!

Hamburg (T.-L.), den 19. März. Ein folgenschwerer Beschluß wurde, wie der „Hamburger Korrespondent“ mitteilt, heute mittag in der Volksversammlung der Seeleute aller Chargen gefaßt.

Die heutige Volksversammlung der Seeleute aller Chargen verweigert die von der Entente geforderte Auslieferung der deutschen Flotte und macht es allen deutschen Seeleuten und Arbeitern zur Pflicht, die Arbeit auf deutschen Schiffen zu verweigern.

Diktat oder Verhandlungen?

Berlin, 19. März. Der Vorsitzende der Deutschen Waffenstillstandskommission in Spa hat gestern abend folgende Rede gehalten:

Nach englischen Blättermeldungen hat Premierminister Lloyd George erklärt, daß der Friedensvertragsentwurf den Deutschen zugestellt werde, sobald Präsident Wilson seine Genehmigung gegeben habe.

Zu derselben Zeit hat der französische Minister des Auswärtigen, Bichon, in der wöchentlichen Pariser Pressekonferenz nach übereinstimmenden Meldungen der französischen Presse erklärt, daß die Alliierten sich in keine Debatte über den Vorfrieden mit den Deutschen einlassen werden.

Der Reichsminister des Auswärtigen und ich als Vorsitzender der Deutschen Waffenstillstandskommission ersuchen um baldige Aufklärung, ob diese Meldungen der englischen und französischen Presse, welche bisher ohne Widerspruch von unabhängiger amtlicher Seite geblieben sind, als zutreffend angesehen werden müssen.

Bevorstehende Verhandlungen mit den Franzosen um Lebensmittel in Rotterdam.

Berlin, 19. März. (W.F.) Marshall Koch hat am 18. März folgendes Telegramm an die Waffenstillstandskommission in Spa gerichtet: „Die Verpflegungsabteilung des Obersten Wirtschaftsrates bringt zur Kenntnis, daß infolge der Brüsseler Verhandlungen zwei französische Delegierte Donnerstag, den 20. März, 4 Uhr nachmittags in Rotterdam im Hotel Raay eintreffen werden.“

Die „Humanité“ über Clemenceau.

Berlin, 19. März. Mit Bezug auf die Meldung, daß Clemenceau den französischen Sozialisten, die als Mitglieder der von dem Berner Kongreß eingesetzten Studienkommission nach Rußland gehen wollten, die Pässe verweigert habe, schreibt „Humanité“: Clemenceau befehle der Götze des kleinen Bourgeois gegen den Sozialismus und die Revolution.

In einem anderen Artikel vom gleichen Tage bezieht das Blatt die Sorge, mit der Wilson an die großen Aufgaben gehe. Es handle sich jetzt um einen Kampf des Wilsonismus gegen den Imperialismus von Lloyd George und Clemenceau.

Der tschechische Chauvinismus.

Wien, 19. März. Die Blätter berichten über eine sozialdemokratische Versammlung in Prag, in der Redakteur Stibin ausführte, daß den gegenwärtigen Verhältnissen in der Tschecho-Slowakei ein Ende gemacht werden müsse.

Die Unruhen in Ägypten.

Kairo, 19. März. (D. R.) Aus Kairo wird gemeldet: Bei den letzten Unruhen in Kairo sind insgesamt 6 Personen getötet und 81 verwundet worden. Der Oberbefehlshaber in Ägypten gibt bekannt, daß jeder, der den Eisenbahn-, Telefon- oder Telegraphenverkehr hemme oder zu verzögern versuche, standrechtlich erschossen werden wird.

Die Völkerbundsdebatte.

Paris, 19. März. (D. R.) Aus Paris wird gemeldet: Die Kommission für den Völkerbund hielt gestern unter Vorsitz von Lord Robert Cecil eine Versammlung ab, wozu auch Oberst House, Benzelos und der Serbe Desulitch teilnahmen. Die Frage der Beteiligung der neutralen Staaten wurde verhandelt.

Japan wünscht eine Erklärung der Gleichheit der Rassen. Das bedeutet aber nicht, daß es für seinen Eintritt die Bedingung macht, daß Amerika die bekannten Einwanderungsgesetze zu Japans Vorteil umändert.

Odessa von Ententetruppen geräumt.

Kopenhagen, 19. März. (Meldung der Telegraf-Kompagnie.) Wie aus Helsingfors gemeldet wird, hat die Entente ihre sämtlichen in Odessa stehenden Truppen zurückgezogen und nach Saloniki transportieren lassen.

Das Doppelgesicht des Kapitalismus.

Von Arthur Saturnus.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß der Plan einer Vergesellschaftung der Betriebe nicht von heute auf morgen durchgeführt werden kann. Preußen hat zur Verstaatlichung seiner Eisenbahnen 12 Jahre gebraucht, obwohl dem Feudalstaat zur Durchführung solcher Gewaltmaßnahmen ganz andere Mittel zur Verfügung standen als einer demokratischen Regierung, die nur zu einem Teil rein sozialistisch orientiert ist.

Seit jeder hat es der Kapitalismus trefflich verstanden, im Trüben zu fischen. Ein jeder hat es Dutzende von Malen beobachten können, wie es der beste Beruf einer gewissen Sorte von Kaufleuten ist, die Rechtslücken für sich auszunützen. Die berühmte „Plette“ ist nach selten ein solches Geschäft gewesen und hat bisher nur den getroffen, der zu bumm war um zu betrügen.

Ueber den hochpolitischen Fragen der letzten Monate, über dem Generalstreik und Bürgerkrieg, dessen lähmende Wirkung ja auch im Geistesleben nicht ausbleibt, ist der Kapitalismus dem Augenmerk des Arbeitervolkes mehr entrückt als je.

Die lächerliche Forderung einer Annullierung der Kriegsanleihen, die Haase dem Parteitag der U. S. P. D. als die größte Blamage genannt hat, ist so ein typisches Zeichen dafür, wie man es nicht machen darf.

Das aber ist in heutiger Zeit mindestens eben solcher Vaterlandsverrat wie der Putzschissus der Generalstreiker! Das muß einmal ganz offen ausgebrochen werden! Die edlen Ritter der Kurvorschere haben keinerlei Veranlassung, über Arbeiterwahnsinn zu schimpfen, solange sie ihn mit ihrer großprohigen Eigensucht so führen, wie sie es bisher getan haben.

Millionenvermögen sind bereits so zerplittert, daß sie von der Vermögenssteuer nur in erheblich vermindertem Maße werden erfaßt werden können. Die Politik der Plette

gewinnener feiert Triumphe: Sie versteht es, die Kämpfe durch Winkeltzüge hinzuhalten. Später nimmt man dann aus „Opfermut“ der Vermögenssteuer zu, um danach behaglich bei der Sabanna im Klubstiel vor Lachen zu bersten, wie großartig man den Staat wieder einmal geprellt habe.

Man hätte nicht solchen Grund zum Pessimismus, wenn man nur an einer Stelle spürte, daß die Revolution und die Trauweite der Aufgaben, die vor uns stehen, nur den geringsten Eindruck auf die Kapitalistenfreude gemacht hätten. In den Großstädten herrscht ein erdrückender Wohnungsmangel, demwider früherer Kleinräumer jetzt ein ganzes Geschloß für sich bewohnt. Reiner würde sich dazu verstehen, 3 Zimmer für eine Arbeiterfamilie abzugeben — dann wäre doch sein Ansehen „ruiniert“. Als der große politische Trübel begann, haben sich noch Millionenwerke ins Ausland zu flüchten gesucht, wahrscheinlich um dem armen Kaiser Gesellschaft zu leisten. Heute jammern die Kullenschieber dieser lauberen Nachschaffen über den Tiefstand der Saluta; natürlich sollen daran die Streiks schuld sein, nur diese, wohlgemerkt! Als der Entwurf der Vermögenszuwachssteuer herauskam, machten die Lebensverhältnisse eine Riesengestalt. Ganze Polizen wurden auf einmal eingezahlt, die Versicherungskassen um Jahre vorbottiert, damit sie ja vor den 1. August 1914 fielen, von wo ab der Vermögenszuwachs erfährt werden soll.

Das ist das zweite Gesicht desselben Kapitalismus, der jetzt mit dem Mantel der Demokratie behängt, unsern politischen Bundesgenossen spielt. Er muß es, um nicht noch mehr zu verlieren. Es wendet sich unter den Schlägen, die die Revolution ihm verfehlt. Er kommt den Rassen entgegen, um sie zu betrügen. Er sieht sich sicher — darum ist ihm die Sozialisierung halb so schlimm. Weiß er doch, daß er Mittel und Wege finden wird, sich durchzusetzen.

Wer selbst im Kriege das Letzte an Besitz verlor, wer wochenlang sich um Arbeit bemühte, um mit dem Arbeitslofenbettel abgepaßt zu werden, dem preßt solches Treiben das Blut ins Gesicht.

Und doch gilt es: besonnen zu sein. Wer solche schmutzige Eigenlust nur darum bekämpft, um sie selbst dafür um so energischer zu bekämpfen, befindet sich. Das ist kein Sozialismus, der den Nächsten erschlägt und Juwellerläden plündert, um sich selbst mit Brillanten zu behängen. Wir wissen, daß unser augenblicklicher wirtschaftlicher Tiefstand nicht weniger eine Folge des Krieges ist, als des Kapitalismus. Auch eine soziale Wirtschaftsverfassung könnte und vor ihm nicht bewahren, wenn noch je die Möglichkeit eines Krieges bestünde: siehe Rußland.

Damals, als das Volk aus allen Wunden blutete, kämpfte, hungerte, sind die Riesengewinne der Aktiengesellschaften entstanden. Es nützt jetzt nichts, wenn man jetzt nur diese Gewinne als Einkommen oder Kapital mit der Steuer erfährt, solange diese Einkommensquellen weiter in derselben Weise wirtschaften können. Die Gewinne sind der Arbeitskraft des Volkes entwendet. Darum muß jetzt, nachdem der Kapitalismus als laubender Erbe sein Anteil eingestrichen hat, auch dem Volke sein Recht werden. Viele Aktienkapitalien sind innerhalb der letzten 5 Jahre mehr als verzinst. So hat, um nur ein einziges Beispiel zu nennen, die R. Preiser A.-G. allein in den drei Kriegsjahren 1915-1917 zusammen 115 Proz. des Aktienkapitals als Dividende ausgeschüttet, um jetzt nach einer Kapitalerhöhung, wieder 35 Proz. vorzuschlagen. Hat nach solchen Gewinnen der Kapitalbesitzer noch Ansprüche auf weitere Forderungen aus dem bereits 1/4fach zurückgezählten Kredit?

Sie ist die Wurzel, an der das Uebel angepackt werden muß. Kapital, das sich nach allen Anschauungen des Rechts bezahlt gemacht hat, gehört der Volkskraft, die die Gewinne ermöglichte. Da gibt es keine Entschädigungsfrage mehr. Maximalmäßig müssen wir das Werk aufbauen.

Das Taschentuch.

Von Hans Reimann.

Ich wache in der Nacht auf und suche im Finstern ein Taschentuch.

Es steht in der Hosentasche.

Entweder in der linken — oder in der rechten.

Ich weiß genau: Wenn ich in die linke Tasche greife, steht es in der rechten. Wenn ich in die rechte Tasche greife, steht es in der linken.

Da ich das Taschentuch in der rechten Tasche vermutete, so greife ich in die linke; denn es steht regelmäßig in der andern Tasche, das heißt in der, in die man nicht greift. Vermute ich also das Taschentuch in der rechten Tasche, so brauche ich bloß in die linke zu greifen, um es zu haben.

Aber der Himmel mag wissen, wie das zugeht: Ob man in die linke Tasche greift, wenn man das Taschentuch in der rechten vermutet, oder ob man in die linke Tasche greift, wenn man es in der linken vermutet — es ist stets und ausnahmslos in der andern Tasche. Das Taschentuch steht stets in jener Tasche, in die man nicht greift.

So führt einen der Ernst des Lebens an der Nase, der Schelm.

Klassische und moderne Erotik.

Im Konzertsaal der Hochschule für Musik verbanden sich Gerzud Gysöldi und Ernst Deutsch vom Deutschen Theater zu einem Prieserstück am Altar des Gros. Die Namen der Vortragenden und das persische Thema gemigten, um der Veranstaltung eine innerlich beteiligte Gemeinde zu schaffen. In einer Zeit rapiden Fortschritts, der ganz fern erst das Aufleuchten glühender Signale gestattet, ist Gros der unbedingte Triumphtor. Er, der Träger der Liebesliebe, vermittelt durch seine hohe Eizung den großen Trost, er allein ruft auf, im Sinne des Sokrates unentwegt an das Gute im Menschen zu glauben.

Der angelegentlich einleitende Vortrag eines Herrn Paul Nicolais aus München fiel fort. Ich kenne Herrn Nicolais nicht — aber, ohne ihm irgendwieweils nahe treten zu wollen: war der Ausfall wirklich ein Verlust? Die gebotenen Schöpfungen, so hart vermittelte, hätten sie einer Einführung bedurft? Was zu sagen war über Wesen und Herkunft des Gros, wie einbringlich trat das in platonischen Dialog des Sokrates mit Diotima hervor, aus Sophisma und Dialektik durch Frau Gysöldis Auge Kunst übergehend und freudig erlöst! Lebendig ward das Gros Gebürt — er nicht Gott, nicht Mensch — Geland, Ritter, Kämpfer, zwischen beiden, der Keimt sind, das sie vom Reichum empfangt. Armut läßt von Liebe nicht, nicht Tränen und Trauern über menschliche Ohnmacht, aber Liebe verleiht auch den Water nicht: nach Beschrieb sie, nach Fülle, Vollendung, Unsterblichkeit. Und aufstund ihre tiefe Sehnsucht nach dem sokratischen Ideal vom Wahren und Guten Menschen, jene letzte höhere Fülle, die den in Wahrheit Liebenden abell.

Der platonische Dialog war unbedingt die künstlerisch reifste

So müßte ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, wonach jede industrielle Gesellschaft bei Strafe entschädigungsloser Enteignung verpflichtet wird, alle ihre Geschäftsbücher aus der Kriegszeit bis zu einer Einnahme und gründlichen Prüfung durch den Staat aufzubewahren. Feststellungskommissionen, die aus besonders vertrauenswürdigem Leuten gebildet werden müßten, und für jeden Fall, wo sie eine objektive Schädigung des Gemeininteresses feststellen, eine besondere Prämie erhalten, wären mit der Durchsicht dieser Bücher unter Einziehung von Sachleuten zu betrauen. Gesellschaften, die ungeradehöflich hohe Dividenden und Abschreibungen (etwa mehr als im Durchschnitt der letzten sieben Friedensjahre sowie alle über eine bestimmte Grenze hinaus) verteilt haben, müßten ihr Aktienkapital um diesen Betrag durch Zusammenlegung vermindern. In den Besitz der so freigewordenen Aktien tritt der Staat. Seiner Bestimmung bleibt es überlassen, ob er diesen Besitz zur Grundlage für Verstaatlichungen machen oder ihn an Betriebsgemeinschaften abgeben will. Grattistatiken, die während des Krieges ausgegeben wurden, müßten ebenfalls auf den Staat übergehen. Größere Privatbetriebe und G. m. b. H.'s wären unter den gleichen Voraussetzungen zu prüfen und zu behandeln.

So der Vorschlag. Vänst enthält er nicht die Lösung für alles. Aber seine Diskussion schon würde eine reinliche Scheidung herbeiführen zwischen den Sozialisten der Tat und den Drahtziehern des Kapitalismus. Er würde dem Reiche eine Grundlage für seine augenblicklichen und künftigen Sozialisierungspläne geben, deren Wirkung heute noch unsehbar ist.

Denn eines Tages werden wir das Doppelgesicht des Kapitalismus in seiner ganzen Durchtriebenheit schauen. Hüten wir uns, zu warten, bis es zu spät ist.

Das Schicksal Preußens vor dem Reichsverfassungsausschuß.

Weimar, 16. März. Justizminister Heine fährt fort: Es hätte ein Mittel gegeben, die deutsche Frage zu lösen, nämlich wenn Preußen im Reiche aufgegangen wäre. Aber innere und äußere Gründe haben dem Reichsminister Preuß veranlaßt, auf diesen großartigen Gedanken zu verzichten. Man muß sich daher jetzt in unserer Zwangslage mit kleineren und leichteren Schritten begnügen. Eine wirklich großzügige Tat wäre gewesen, Preußen zum Reichslände zu erklären

und die preußische Verwaltungsorganisation in das Reich überzuführen. Die Reichsregierung habe aber aus guten Gründen darauf verzichtet, nämlich um Mißtrauen bei den Süddeutschen und im Ausland zu vermeiden. Vorfälle aber ein selbständiges Preußen fort, so dürfe man es auch nicht allzu unangenehm machen. Die Steuerkraft der Rheinprovinz sei größer als die der fünf östlichen Provinzen. Nehme man Preußen seine westlichen Kohlengebiete, treane Oberflächen ebenfalls los, was bliebe dann? Die Gründe für die Verschlagung Preußens seien sehr schwach und völlig gefühlsmäßig. Der Antrag auf Losrenkung der Rheinprovinz von Preußen ist geradezu ein Anreiz für unsere Feinde, dies Gebiet auch vom Reiche loszutrennen.

Im weiteren Verlauf der Debatte ergreift das Wort der Abgeordnete Rahnstein (Soz.). Er betont mit aller Schärfe die Notwendigkeit, die Einheit und Unverletzlichkeit des Reiches zu erhalten. Minister Heine sagte, man wolle die Schaffung der Reichseinheit mit der Verschlagung der bestehenden Staatsgewalten in Preußen beginnen. O nein. Mit der Schaffung der Einheit

wollen wir beginnen. Tatsächlich geht die Entwicklung über Preußen hinweg, indem die großen Aufgaben der Oerey, Verkehrs- und anderer Organisationen dem Reiche, die der Verwaltung in Wirtschaft- und Kulturfragen den Provinzen zufällt, die ihre Organe selbst bestellen und das Recht der Autonomie erhalten. Damit wird die Staatlichkeit der alten Gebilde ein ausgeblaseses G.

Nach Rahnstein tritt der Konservative v. Deißend für die Einheit Preußens ein.

Die Nachmittagsitzung beginnt um 4 1/2 Uhr. Zwischen ist ein Regen von Anträgen niedergegangen. Die Parteien und einzelne Kommissionen haben Anträge eingebracht. Der sozialdemokratische Antrag lautet:

„Die Gliederung des Reiches in Länder soll im Sinne der wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistung unter möglicher Berücksichtigung des Willens der beteiligten Völker erfolgen.“

Die Neubildung von Ländern oder die Abänderung ihres Gebietes durch Vereinigung oder Abtrennung von Gebieten kann durch verfassungsänderndes Reichsgesetz erfolgen, wenn sie durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird oder ein überwiegendes Allgemeininteresse sie erfordert.

Der Willen der Bevölkerung ist durch die Abstimmung der wahlberechtigten Einwohner festzustellen, die auf Antrag eines Bezirks der Stimmberechtigten oder der politischen oder Kommunalvertretungen eines Bezirks der beteiligten Bevölkerung durch die Reichsregierung anguerkennet ist.

Entstehen bei der Vereinigung oder Abtrennung Streitigkeiten über die Vermögensauseinanderziehung, so entscheidet hierüber auf Antrag einer Partei der Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches.“

In der Nachmittagsitzung sprach Abg. Heile (Dem.) für die Aufstellung Preußens und für die Schaffung einer niedersächsischen Republik, zu der Braunschweig und die an Hannover grenzenden kleinen Länder gehören sollen. Der Abg. Colshorn (Welfe) trat ebenfalls für diesen Antrag ein, Hannover mit Braunschweig zu verbinden.

Abg. Meerfeldt (Soz.) bedauert, daß in den ersten Wochen der Revolution

dem Kleinstaatensystem nicht resolut ein Ende gemacht

worden ist. An diesem Fehler hat auch Eisner mitgewirkt. Trimborns heutige Rede unterscheidet sich auffällig von den bisherigen Projekten im Rheinland, die doch die Regierung und die Nationalversammlung der fertigen Tatsachen zu stellen beruht und außerdem einen selbständigen Staat schaffen wollten, wogegen Trimborn jetzt die Stärkung der Reichsgewalt in den Vordergrund stellt. Leider arbeitet das Zentrum hier im Ausschuss bloßer nicht in diesem Sinne. Es muß diese Forderung preisgeben, wenn es in der preussischen Frage bis zum Ende unsere Unterstützung haben will. Wichtig ist, daß das Reich Preußen niemals den Weg zum Herzen des Rheinlandes genommen hat. Nach Meerfeldt sprechen die Demokraten Abtich und Haußmann. Die Demokraten sind in der Frage Preußens gespalten. Der deutschnationale Abgeordnete Heine tritt als Sachse für die Erhaltung Preußens ein. Der preussische Justizminister Heine nimmt noch einmal das Wort, um sich dagegen zu verwahren, daß er ein preussischer Partikularist sei. Was liegt ihm ferner als das. Der Abg. Freund macht auf einige Realitäten aufmerksam, die gegen die Verschlagung Preußens sprechen. Die innere Kolonisation Preußens kostete Hunderte von Millionen Mark. Sie ist unmöglich, wenn Preußen zerfallen wird. Das gleiche gilt von großen wirtschaftlichen Projekten, wie den Talstetten und ähnlichem. Es spricht nach der Abg. Traub für die Erhaltung des alten Preußens. Dann vertagt sich der Ausschuss um 8 Uhr auf Donnerstag vor-mittag.

Die in unserem gestrigen Abendbericht dem Zentrumsgesordneten Trimborn in den Mund gelegten Worte von der Verschlagung Preußens sind von diesem in dieser Form nicht gebraucht worden. (Die Red.)

Vom Reichsverband zu Sparta. Herr Karl Tiedt schloß uns eine Verächtigung, in der er bestrittet, jemals Angehänger oder Wanderehrer des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gewesen zu sein, oder zugehört, vor zwölf Jahren in Verbindung mit dem Reichsverband gestanden und in drei Versammlungen für diesen gesprochen zu haben. Er bezeichnet dies lediglich als eine „Jugendtorheit“. Herr Tiedt scheint auch jetzt aus dem Stadium der Jugendtorheiten noch nicht heraus zu sein, wie seine Sprengung der Kriegsbeschädigtenorganisation beweist.

Beim Ueberfahren der Leitung über einen Fluß oder eine Eisenbahn stehen die Köpfe enger beieinander, auch sind sie dann meist noch höher. So ragen sie bei der Ueberführung über den Zellentanal 50 Meter hoch auf. Als Leitung wurde ein Aluminiumblech benutzt. Wegen Blitzegefahr wird die Anlage durch einen Blitzableiter geschützt, der oberhalb der Leitung von Mast zu Mast führt und mit der Erde in Verbindung steht. Das Befestigen der Kabel an den Masten war ebenfalls eine äußerst schwierige Arbeit. In dem Eisengerüst des Mastes mühten die Monteure emporzuklimmen und oben im schwindelerregenden Höhe ihre gefährliche Tätigkeit vollbringen.

Besondere Sorgfalt wurde auch auf die Isolation verwandt. Die Isolatoren (aus Porzellan) sollen die Last der Kabel tragen, auch müssen sie gegen Witterungseinflüsse unempfindlich sein sowie das Ausbrechen des Stroms verhindern.

In der Fertigstellung der Starkstromleitung Bitterfeld-Berlin sehen wir eine technische Glanzleistung, die zwar während des Krieges vollbracht wurde, aber doch friedlichen Zwecken dient. Weitere Leistungen gleicher Art werden folgen und dazu beitragen, daß die jetzt noch vielfach herrschende unwirtschaftliche Ausnutzung der uns von der Natur zugewiesenen Energie, die Energieüberzeugung, ein Ende hat.

Notizen.

Der Feldherrnhügel, Roda Rodas, und Carl Möllers gemeinsame Prozeß auf einen spezifisch österreichischen Militärischen erlebt jetzt nach einer mehrjährigen erzwungenen Karenzzeit eine Erneuerung (im Komödienhaus). Vor dem Kriege hatte das neue Stückchen, dem ein österreichischer Verbot Rücklage machte, in seiner geschickten Mischung von Militärhumor (mit dem Milieu des Offizierskasinos) und jeder Satire auf die östliche Militärtruppe und die durch Gemütslichkeit gebelie Schlammperle erklärlichen Erfolg. Jetzt erscheint es natürlich vielfach abgeblüht und verunkelt. Der Riesenschatten des Weltkrieges steht davor und erstickt die Lust an seinen Illusionen und Wipen. Die frischfröhliche Aufführung mit ihrer klotten Abwidlung der unterhaltlichen Szenen wecke aber immer noch durch ihre Komik und der guten Witzenschilderung Interesse und Beifall.

Ernst Sandhoffs, der Berliner Zoologe, der an bedeutenden Polar- und Tiefseeexpeditionen teilgenommen hat, ist sechzigjährig gestorben.

Die verhinderte Hamburger Universität. Ohne das neue, aus Volkswahlen hervorgegangene Hamburger Parlament gelingt der Plan nicht, das Hamburger Kolonialinstitut, das sich schon zur Universität ausgewachsen hat, auch gesetzlich zu diesem Range zu erheben. Die alte Bürgerschaft hat ein dahinsiegender Ratgesetz fassen kurz vor ihrem Ende mit Stimmengleichheit abgelehnt. Nun wird es die sozialistische Mehrheit der neuen Bürgerschaft machen müssen.

Eine Stadt unter dem Hammer. Die Stadt Schaffsbury in Dorset, ein uralter englischer Ort mit 2500 Einwohnern, wird in den nächsten Tagen, wie er liegt und steht, an den Reißbrettern veräußert werden. Die sämtlichen Häuser der Stadt gehören bis im vorigen Jahr einem Lord Stolbridge, wurde dann von einem Sportsmann für 1 1/2 Millionen Mark gekauft und kommt jetzt zur Versteigerung, da Bürgermeister und Rogistrot das Geld nicht haben, ihren Heimort zu erwerben.

Leistung des Abends, dessen interessanteste das Gespräch aus Bedekinds „Das Wetterstein“ war. Die „Infernalische Gännersprache der Gefühle“, die in Bedekinds Frühdrama geführt wird, liegt allerdings weit ab von sokratischer Abstraktheit, denkt man aber die Agogogatsätze von Gut und Böse, so enthält sich leidenschaftlich in aller Dämonie und Jervität die Sehnsucht. Auch das Poie ist Gott zum Dienst.

Frau Gysöldi am Vortagstisch wird ohne weiteres die Sympathien für sich haben. Durch jeglichen Rangel an Aufwand fesselt sie Kampenlicht durchgreift ihre Nuancen nie, und wo sie in gebändigtes Pathos wie in der horagischen Ode „Galathea“ hinemwächst, sieht man die Frau nicht mehr, gedenkt man, des Instrumentes nicht mehr: nur der reine Atem der Kunst weht durch den Saal und erfrischt. Wo sie aber Sätzleiten sagt, wie in den betäubend gesprochen des Luftraum, sehr heisse, sehr feine Dinge, bestimmt man sich ergründend auf sein blutberühmtes Recht, kultiviert genieschen zu dürfen, und gibt sich unmittelbar einer Bestrafung big, die hellenisch gemutet, in ihrem ungrüblerischen gefunden Dajeinkönnen.

Ernst Deutsch ist immer interessant, ein bornaglicher mahpallter Sprecher. Er ist der expressionistische Schampfleier. Welt der Klassik, etwa durch Dostojewskis Prisma gefiltert — den, in gebrochenen Partien, strahlt er aus, wenn er beispielweise Homer unbardehaft analysiert. Wothes „Gott und die Vajadere“ mißlang, aber als er Fraubert las, war es, als wäre ein Rauschwert aus Laumelkraut entzündet, das die Sinne mit einer merkwürdigen Hypnose umjing. Kurt Erich Neurer.

Neues von der Starkstromleitung Bitterfeld-Berlin.

In der Urania sprach Prof. Donath über: Hochspannungsferralleitung elektrischer Energie“. In äußerst fesselnder Weise, unterstützt durch Licht- und Bewegungsbilder und Experimente, führte der Vortragende in die Art der Weiterleitung des elektrischen Stroms ein und gab dann wissenswerte Mitteilungen von dem Kohlenstromwerk bei Bitterfeld und der Starkstromferralleitung Bitterfeld-Berlin.

Im Winter 1917/18 wurde die Leitung gebaut. Die Entfernung beträgt 182 Kilometer. Bei Hahornwitz, unweit Bitterfeld, liegen ausgedehnte Braunkohlenfelder, deren Kohle in dem größten Kraftkraftwerk der Welt zur Erzeugung der elektrischen Kraft verwandt wird. Das Werk erzeugt 200 000 Pferdekräfte, von denen 80 000 nach Berlin geleitet werden. Dadurch werden in Berlin täglich 300 bis 400 Tonne Kohle erspart. Späterhin wird die Ueberleitung nach Berlin auf 70 000 Pferdekräfte erhöht werden. Durch riesige Transformatoren wird der erzeugte Strom auf die außerordentlich hohe Spannung von 110 000 Volt gebracht. In Berlin wird er durch Transformatoren von ebenso großen Ausdehnungen auf eine Gebrauchsspannung von 110 Volt zurückverwandelt.

Ein so hochgespannter Strom erfordert zu seiner Weiterleitung ganz besondere Anlagen. Er ist ein ungebärdiger wilder Geselle, der gar zu gern den der Leitung abspringen und sich mit dem Witterschloß der Erde vereinigen möchte. Die Masten, die als Träger der Leitung dienen, sind 25 Meter hoch. Sie stehen in Abständen von 250 Metern. Jeder von ihnen ist ein einziger Turm, der auf einem Zementbetonsockel fest in der Erde verankert ist.

Demokratie oder Rätediktatur?

5. Sitzung, Mittwoch, den 19. März.

Am Ministertische: Girsch, Fischel, Haensch, Ernst, Südekum, Reinhard.

Präsident Reinert eröffnet die Sitzung um 1/2 Uhr. Einige in der Provinz Generalstände Abgeordnete teilen mit, daß ihnen vom polnischen Generalstaatsrat in Posen der Weisepapier verweigert worden ist. (Hört, hört!) Der Abg. Rau hat die Niederlegung seines Mandats wieder zurückgezogen. (Weiterkeit.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Kriegsminister Reinhard, daß die in Adlershof gefundenen Waffensammlungen aus der Fluggewehrmeierei stammen, was aus den ersten Meldungen nicht zu ersehen war. Die an diesen Fund geknüpften Folgerungen treffen daher für diesen Fall nicht zu, für die anderen Fälle bleiben sie bestehen. (Lachen bei den U. Sog.)

Das Haus tritt darauf in die Tagesordnung ein.

Abg. Adolf Hoffmann (U. Sog.): Die Wiederaufnahme des Mandats durch den Abg. Rau müsse von der Mandatsprüfungskommission geprüft werden.

Abg. Gehl (U. Sog.) fragt an, ob der Betreffende nun tatsächlich Mitglied dieses Hauses sei oder nicht.

Der Präsident erwidert, daß er nach Einsichtnahme in die Akten dem Hause Mitteilung machen werde.

Die Deutsche Volkspartei hat eine Reihe von förmlichen Anträgen eingebracht, und zwar über die Zerstückelung des Transportwesens usw.

Ministerpräsident Girsch erklärt, daß die Regierung bereit sei, alle diese Anträge in den nächsten Tagen zu beantworten.

Auf der Tagesordnung stehen dann

Abstimmungen über die zur Frage der Aufhebung des Besatzungszustandes geschickten Anträge.

Ein Antrag Adolf Hoffmann fordert eine Untersuchungskommission aus Mitgliedern der Landesversammlung und des Berliner Vollzugsrats, der die Vorgänge in Groß-Berlin untersuchen soll. Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 342 gegen 22 Stimmen abgelehnt. Ein förmlich angenommenes wird dann ein sozialdemokratischer, durch einen Zentrumsantrag ergänzter Antrag, eine Kommission von 21 Mitgliedern einzusetzen, die die Ursachen über die Ursachen und den Verlauf der Unruhen in Berlin und anderen Teilen Preußens feststellen soll. Die Kommission ist berechtigt, den Justizminister und den Kriegsminister aufzufordern, die gerichtlichen Akten über die aus Anlaß der Unruhen eingeleiteten Strafverfolgungen einzufordern und der Kommission vorzulegen, sobald dies ohne Verzögerung und Eile der gerichtlichen Verfahren möglich ist.

Ein Antrag von Riez (Döschel) ersucht die Regierung, dahin zu wirken, daß die polnischen verhafteten Mitglieder der Landesversammlung schleunigst freigelassen werden.

Abg. von Riez (Döschel) begründet den Antrag.

Ministerpräsident Girsch:

Die Regierung steht voll auf dem Boden des Antrages. Sie hat auch bereits vor der Einbringung desselben alles versucht, um den betreffenden Mitgliedern die Freiheit zu ermöglichen, und diejenigen, die von den Polen als Geiseln festgehalten wurden, zu befreien, aber alle Bemühungen sind leider erfolglos geblieben. (Hört, hört!) Unsere unmittelbaren Anträge an die Polen in diesem oder jenem Einzelfalle sind von ihnen

überhaupt nicht beantwortet

worden. (Hört, hört!) Ebenso erging es einem seitens der deutschen Regierung von Weimar aus gerichteten Ersuchen. Infolgedessen ist der preussische Kommissar bei der Waffenstillstandskommission, Herr Staatsminister Dr. Dröws, bei seinem Aufbruch am 14. März in Berlin von uns erwidert worden, alsbald nach der Rückkehr nach Posen bei der Interalliierten-Kommission auf die Freigabe hinzuwirken, und schließlich ist auch dieses Ersuchen unter namentlicher Benennung der betreffenden Herren am 15. März an die Deutsche Waffenstillstandskommission in Posen wiederholt worden. Eine Antwort ist bisher nicht eingegangen, dagegen liegt uns ein Telegramm vom 17. März aus Posen vor, worin es heißt: Austritte der Abgeordneten zur Preussischen Landesversammlung erst nach Inkrafttreten des Waffenstillstands möglich. Sie werden hieraus ersehen, daß wir versucht haben, was in unseren Kräften steht, zu tun, um den Wunsch des Antrages zu erfüllen.

Stine Menschenkind.

Von Martin Andersen Nexø.

Als sie gegessen hatten, führte Per Nielsen sie in den Stall und zeigte ihnen die kleinen Ferkel, die wie eine Reihe von Würsten an der Mutter lagen und aussahen, als gingen sie mit der Schnauze an ihr. Darnach gingen die Kinder wieder zu Frau Nielsen hinein, und von ihr bekamen sie Kefsel und Spitzhunden; und das allerbeste kam zuletzt, als Per Nielsen den feinen Federwagen anspannte, um sie nach Hause zu fahren. Die Schubkarre wurde hinten in den Wagen gestellt und machte so gleichfalls eine Fahrt. Die Kleinen lachten darüber, daß es in ihren Rehlen kolkte. „Ihr seid doch einfältige Kinder! Wie kann man nur so auf eigene Faust in die Welt kutschieren!“ sagte die Frau des Dorfschulzen, während sie die Kleinen auf dem Wagen verstaute. „Gott sei Dank, daß der Mensch oft mehr Glück als Verstand hat.“ Und darin waren alle vier derselben Ansicht wie sie, daß ihre Heimfahrt zum Elsternest mehr Spaß machte als ihre Hinfahrt.

Die Tour war großartig verlaufen, aber nun hieß es arbeiten. Die Mutter hatte nicht mit Ausschlag gerechnet und in der Scheune ein großes Bündel Lumpen hervorgeholt; die Lumpen sollten sortiert werden, wolle für sich und leinere für sich. Christian und Schwesterchen hätten wohl etwas helfen können, wenn sie sich zusammennähmen; aber heute war kein Ernst in ihnen. Sie waren durch die Ausfahrt zu ausgelassen geworden und warfen einander die Lumpen an den Kopf. „Ihr dürft euch nicht zanken,“ wiederholte Stine jeden Augenblick, aber es half nichts.

Als die Dunkelheit hereinbrach, waren sie erst halb fertig. Stine holte die kleine Stubenlampe, worin halb Öl, halb Petroleum gebrannt wurde, und arbeitete weiter; sie meinte vor Verzweiflung darüber, daß die Arbeit nicht bis zur Rückkehr der Eltern beendet sein würde. Als die Kinder ihre Verzweiflung sahen, wurden sie ernst, und eine Weile ging die Arbeit rasch von der Hand. Aber dann spielten sie wieder auf dem Boden und veranstalteten Jagd aufeinander; beim Laufen trat Christian nach der Lampe, und sie ging entzwei. Am selben Augenblick war es vorbei mit aller Ausgelassenheit; die Dunkelheit konnte sie an die Stelle; sie wagten es nicht, sich zu bewegen. „Stine, hol mich!“ jammerten sie, jeder aus einer Ecke der Scheune.

Abg. Wendt-Bromberg (Sog.): Auch meine Partei unterstützt den Antrag. Die Regierung sollte energisch einschreiten.

Abg. Krasuhn (Dem.): Wir hätten von der Regierung einen ganz andern Ton erwartet, wir hätten erwartet, daß sie erklären würde, sie könne sich das unter keinen Umständen weiter gefallen lassen. (Sehr richtig! und lebhafter Zustimmung.)

Abg. Paulsen (Sog.): Ich erhalte als erste der hier anwesenden Frauen das Wort. Wir Frauen aller Parteien — ich glaube hier für alle sprechen zu können — stellen uns auf den Boden der gegebenen Tatsachen und werden uns nach besten Kräften bemühen, unser armes Volk nach jammervollen Jahren wieder einem Aufstiege und einer besseren, glücklicheren Zukunft entgegenzuführen. (Lebhafter Protest!) Das den Antrag selbst anlangt, so wünsche ich meine politischen Freunde, daß die Regierung energische Schritte gegen das Treiben anrüchlicher preussischer-polnischer Nationalität ergreift. (Beifall.)

Abg. Lichterfeld (U. Sog.): Wir stimmen für den Antrag. Allerdings hat gerade die Rechte es verschuldet, daß wir uns mit diesem Antrag überhaupt befassen müssen. (Unruhe rechts.) Ich weiß, daß in Oberschlesien eine nicht zu billige Propaganda von den Polen getrieben wird. Aber Blut ist erst geflossen, als der Belagerungszustand kam.

Abg. Raib (Z.) erklärt sich für den Antrag. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Es folgt die

Zweite Lesung der Vorlage zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt.

Der Ausschuh hat eine Reihe von Abänderungen vorgenommen. Er bestimmt in § 1 ausdrücklich, daß die verfassunggebende Preussische Landesversammlung Inhabern der gesetzgeberischen und vollziehenden Staatsgewalt ist. Alle nach der preussischen Verfassungsurkunde bisher den Kamern zugehörigen Rechte gehen auf die Landesversammlung über. Neu ist die Bestimmung in § 2, daß auf Antrag von mindestens einem Fünftel der Abgeordneten Untersuchungsausschüsse aus der Mitte der Landesversammlung einzusetzen sind. Sämtliche Staatsbehörden sind zur Auskunft verpflichtet. Eingefügt ist ein neuer § 4a, wonach die Befugnisse, die nach den Gesetzen und Verordnungen dem König zustanden, bis auf weiteres von der Staatsregierung ausgeübt werden. Im § 5 ist ausdrücklich festgesetzt worden, daß jeder Minister zurücktreten muß, wenn ihm die Landesversammlung das Vertrauen durch einen ausdrücklichen Beschluß entzieht. Ein neuer § 7a bestimmt, daß die bisherigen preussischen Gesetze und Verordnungen in Kraft bleiben, insoweit ihnen dies Gesetz nicht entgegensteht. Dasselbe gilt von den bisher von der Staatsregierung erlassenen und verkündeten Verordnungen. Ein Vergleich dieser Verordnungen ist der Landesversammlung in Monatsfrist vorzulegen. Auf Beschluß der Landesversammlung ist eine Verordnung außer Kraft zu setzen. Nach einem neuen § 7b ist die Staatsregierung während der Vertagung der Landesversammlung befugt, wenn die öffentliche Sicherheit oder die Befestigung eines öffentlichen Anstandes dies erfordert, Verordnungen, die den bestehenden Gesetzen nicht zuwiderlaufen, mit Gesetzeskraft zu erlassen. Sie sind der Landesversammlung bei ihrem Zusammentritt zur Genehmigung vorzulegen.

Abg. Hellmann (Sog.):

Wir halten an der Fassung der Kommissionsvorlage fest und lehnen die Abänderungsanträge zu § 1 ab, insbesondere den Antrag der Unabhängigen, daß die Landesversammlung ihr Gesetzgebungsrecht nur ausüben kann in Vereinbarung mit der Vertretung der Arbeiter- und Soldatenräte. Meines Wissens gibt es übrigens noch gar keine Zentralstelle der Arbeiter- und Soldatenräte in Preußen, aber natürlich ließe sich eine solche Zentrale schaffen. Wir wünschen das nicht, wir wünschen, daß die Arbeiter- und Soldatenräte beschränkt bleiben auf ihre wichtigen wirtschaftlichen Funktionen, auf ihre Teilnahme an der Verwaltung und die Mitberatung bei der Sozialisierung. Diese Stellung deckt sich mit der, die die Arbeiter- und Soldatenräte auf ihrem ersten Kongreß selbst mit 344 gegen 98 Stimmen angenommen haben. Auch Führer der Unabhängigen, wie Dittmann, Goitschall-Königsberg, haben sich auf diesen Standpunkt gestellt. Die Aenderung in dem Standpunkt der Unabhängigen ist noch gar nicht so alt. Wenige Wochen vor der Revolution hat Kautsky über die Frage des Rätesystems ein Votum geschrieben.

Er geht aus von dem Satz des kommunistischen Manifests: „Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten; die proletarische Bewegung ist die Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl.“ Daran anschließend legt Kautsky dar, daß es keinen Sinn für Sozialisten hätte, sich für Diktatur zu erwärmen. Er beruft sich auf den berühmten Satz Engels: „Die demokratische Republik ist die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats.“ (Hört, hört!) Und es ist bekannt, daß auch Marx in diesem Zusammenhang immer von dem allgemeinen gleichen Wahlrecht gesprochen hat. Der unabhängige Führer Stöckel hat noch in dieser Woche die

Propaganda für das Rätesystem als eine Blödsinn,

eine Art Weisheitslehre bezeichnet (Hört, hört!) und Herrn Danne und seinen Freunden vorgeworfen, daß sie gegen ihre bessere Ueberzeugung sich diesem Rätesystem beugen. Bloß um nicht Klassen ihre Anhänger nach links zu verzerren. (Hört, hört!) Das Rätesystem hat keinen Sinn, wenn nicht darauf die Diktatur, die ausgesprochene Gewalt Herrschaft, folgt, denn wenn nichts weiter sein soll, als daß man Räte wählt, wie man Parlamente wählt, so kommt die Sache auf genau das gleiche heraus. Kautsky hat selbst dargelegt, daß von etwa 20 Millionen Wählern, die nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht zu wählen hätten, höchstens 200000 Wähler wegfallen würden, wenn man wirklich alle zu den Räten wählen läßt, die ehrliebe Arbeit körperlicher oder geistiger Art verrichten. Um die paar hunderttausend Wenigen zu entscheiden, dazu lohnt es sich wirklich nicht, unsere alten demokratischen Ideale aufzugeben und das neue karlarische System der Räte anzunehmen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Kautsky hat auch den Nachweis geführt, daß das Rätesystem den Klassenkampf des Proletariats aufschwerzte schädigen würde. Bei dem allgemeinen Wahlrecht würde der Kampf der Arbeiter gegen die alten Mächte geführt, beim Rätesystem aber gäbe es

nichts weiter als den Bruderkampf

unter den Arbeitern selbst. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn auch Kautsky leider nicht zu uns gehört, so will ich doch schließen mit den Worten seiner Schrift über das Rätesystem: „Darum wollen und müssen wir festhalten an der Demokratie, an der Souveränität des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts, um das wir seit mehr als einem halben Jahrhundert gerungen haben“ und das wir, wie ich hinzufügen möchte, jetzt am allermeisten vertreten können. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Am Jahnhoff (Z.): Es wäre geradezu absurd, wenn man die Räte hier in der Verfassung verankern wollte. Wir halten an der Bezeichnung „Republik Preußen“ fest, weil die anderen Namen unklar sind.

Abg. Dr. Köhler (Deutschland): Wir lehnen das Rätesystem natürlich ab. Wenn man eine zweite Kammer haben will, so möchte es eine berufständische Kammer sein. Wir wollen uns des Wortes „Republik“ enthalten, weil es uns entbehrlich erscheint. (Lachen links.)

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Sog.):

Die Republik ist im Herzen des preussischen Volkes fest verankert. Die Hohenzollern müssen für immer abgesetzt, ihre Familienmitglieder eingezogen werden. Mit diesem Hause muß abgerechnet werden. Das Rätesystem muß in die Verfassung hinein. Es geht auch nicht an, die Arbeiterräte auf wirtschaftliche Funktionen zu beschränken — das werden die Arbeiter sich einfach nicht gefallen lassen. (Sehr richtig! bei den U. Sog.) Sie müssen auch politische Funktionen haben. Wenn Sie (nach rechts) das Rätesystem ablehnen, so tun Sie das heute, um das Kommen der Räte zu verhindern. (Lachen rechts.) Die Revolution ist noch nicht abgeschlossen. (Sehr wahr! bei den U. Sog.) Belächter rechts.) Sie (zu den Sog.) sind heute nichts anderes als die Helfershelfer der Bourgeoisie, aber Sie können auch den Sozialismus nicht mehr aufhalten. (Beifall bei den U. Sog.)

Abg. Dr. Friedberg (Demokrat): Beliebt lobt es, für die Auseinandersetzungen zwischen den beiden sozialdemokratischen Bruderparteien mal eine Extrafügung anzusehen. (Weiterkeit.) In die Verfassung sind meine politischen Freunde unter dem Gesichtspunkt herangezogen, daß durch die Revolution in der Rechtsentwicklung ein Vakuum geschaffen worden ist, das ausgefüllt werden muß. Die Einfügung von Arbeiterräten in

Stine mußte mit der Sprache heraus — „aber ich habe eine andere gekauft“, fügte sie schnell hinzu.

„So — wo ist die denn?“ Die Mutter blickte sich in der Stube um.

„Nein, sie hatten keine für 25 Dore. Aber da habe ich das hier gekauft.“ Stine legte sich auf die Knie und zog das neue Möbel unter dem Bett der Eltern hervor.

„Du bist doch ein großartiges Kind,“ sagte Lars Peter vergnügt und hob sie in die Höhe. „Wir brauchen hier im Hause nichts nötiger als so einen Apparat.“ Aber Stine bemächtigte sich sofort des Möbels. Es war ein Unsinn, für so etwas Geld auszugeben; aber wenn der Apparat nun einmal da war, wollte sie ihn in die Küche haben; dort fehlten ihr so oft Gefäße. Was das andere betraf, so konnten sie wohl hinausgehen — jetzt ebenso gut wie früher.

„Mutter will es als Terrine haben, du wirst sehen,“ sagte Lars Peter leise, als Stine mit dem Apparat in die Küche gegangen war. Aber Stine war nicht zum Lachen ums Berg; sie wußte aus Erfahrung, daß die Mutter noch bei weitem nicht fertig war.

Und im nächsten Augenblick stand Stine in der Tür. „Der hat dir die Erlaubnis gegeben, auf Kredit zu kaufen?“ fragte sie.

„Ich habe es für mein eigenes Geld gekauft,“ antwortete Stine leise.

„Eigenes Geld...“ Nun begann ein Kreuzverhör, das kein Ende nehmen zu wollen schien. Lars Peter mußte sich ins Mittel legen.

Es war nicht warm in der Stube, und sie gingen früh zu Bett. Stine hatte verdammt zu heizen. „Sie hat wahrhaftig an genug Dinge zu denken gehabt,“ sagte Lars Peter zu ihrer Entschuldigung. Und Stine sagte hierzu ja auch nichts. Sie regte sich nicht darüber auf, daß gestört wurde.

Es war strenger Frost. Stine lag wach und konnte nicht warm werden, sie betrachtete ihren Atem, der weiß in den Raum hinausflog, und lauschte auf den Frost, der in den Wänden ein Knistern erzeugte. Draußen war Mondschein, das Licht fiel kalt über den Fußboden und den Stuhl mit den Kleidern der Kinder. Wenn sie den Kopf ein wenig hob, konnte sie zwischen Dachwerk und Füllung hinaus spähen und die weiße Landschaft schimmern sehen; die kalte Luft wehte ihr ins Gesicht.

(Fort. folgt.)

Die friedlichen Linden.

Das neueste in Berlins Prachtstraße.

In diesen Zeiten wirtschaftlicher und politischer Umwälzung hat sich auch die Kunst des großen Publikums mehr und mehr gewendet, und sein Geschick ist in mancher, wohl mehr als einer, Hinsicht geläutert und gebessert worden. Und doch ist es mit feiner Sympathie über die Stürme der letzten Jahre hinaus neu geblieben, dem schon früher als volkstümlich, als populär Erwiesenen. So hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte die schöne Straße „Unter den Linden“ doch als die eigentliche Prachtstraße zu behaupten gewagt. In den neuesten und westlichen Städten und Vororten hat die Kunst moderner Städtebauer viele schöne und groß angelegte Straßenanlagen entstehen lassen, deren architektonische Bilder ebenso interessant sind, wie das Leben in den Hauptverkehrsstraßen, das sich teilweise zu einem Storio des Berliner Lebens ausgebildet hat. Aber die Liebhabersstraße des Publikums von Groß-Berlin ist doch „Unter den Linden“ geblieben. Ein Begriff ist sie geworden für das ganze Deutsche Reich. Jeder Reisende, der Berlin besucht, wird baldigst seinen Spaziergang dahin

lenken, wo ihn nicht nur das Straßenbild fesselt sondern auch das lebhaft pulsierende Treiben einen Abglanz vom Berliner Leben geben kann.

Nicht zu vergessen sind die historischen Eindrücke, die ein solcher Besuch hinterläßt, die Erinnerungen werden noch an Ereignisse von größter politischer Bedeutung, an Begegnungen mächtiger Staats-oberhäupter, an den Einzug siegreicher Heere, an gesellschaftliche Ereignisse aber vornehmlich Charakteris, an staatsumwälzende Vorgänge, bei denen Hunderttausende geschlossenen Fußes hindurchzogen. Wenn man an schönen Nachmittagen die vielen Spaziergänger beobachtet, die vom Tiergarten kommen und sich in den ausgezeichneten Gaststätten zu kurzer oder langer Rast niederlassen, dann kann man am besten beurteilen, daß gerade das bürgerliche Element zum Hauptteil des Publikums beisteuert. Für dieses Publikum wird sich nun in den nächsten Tagen ein neues Unternehmen öffnen, dessen ganzes Arrangement im solidesten Stile erdacht und ausgeführt wurde.

An der Ecke der Kleinen Kirchstraße steht unter den Linden 66 das mächtige Gebäude des Jockers-Hofes. Das ganze Erdgeschoß dieses in modernster Art erbauten Hauses wird von dem neuen Etablissement „Londori“ eingenommen. Der Name „Londori“ ist gefestigt im Publikum als der

Ausdruck solider Gastfreundschaft, denn der Besitzer des neuen Lokales hat es schon seit Jahren mit ständig wachsendem Erfolge verstanden, in den anderen von ihm geleiteten Betrieben, dem großen „Linden-Restaurant“, Unter den Linden 44 und Friedrichstraße 87, sich ständiges und treues Publikum heranzuziehen. Das neue Lokal wird in der gleichen reellen Weise geführt werden, es wird aber in der gesamten Ausmachung sich von dem gewöhnlichen Gasthausbetriebe wesentlich unterscheiden.

Es soll dem Publikum Gelegenheit zur Unterhaltung und Geselligkeit geboten werden. Bequeme weite Räume stehen zur Verfügung. Im ersten, der Straße am nächsten liegenden Saale ist eine große Bar vorgesehen. Daran schließt sich ein langer Raum, dem neben der ausgezeichneten Ausstattung der Wände, der künstlerisch kostbarsten Decke und den originellen Beleuchtungseffekten die eigenartige Ausgestaltung der einzelnen Tische einen recht bequamen Ton gibt. In diesem Saal wird ein aus erstklassigen Konzertsängern zusammengesetztes Orchester konzertieren. Der große, nach der Mittelstraße zu gelegene Saal ist der Geselligkeit gewidmet. Hier ist, immer in Anlehnung an die Milgredite, von der Firma P. Schmiedel, Berlin W. 9, Linkestraße 20, entworfen und ausgeführte Innenarchitektur ein entzückender

Lanzraum eingebaut worden. Wenn in den öffentlichen gar nicht mehr fernem Tagen wieder dem Tanz geblüht werden darf, dann sollen hier der bewährte Walzer und die modernen Gesellschaftstänze, Foxtrott, Tango und wie die neuen Reigen noch heißen werden, bei bester Musik ausgeübt werden. Dieser Tanzraum, der neben den großen Zielen und der Bar eine durch alle Räume gehende wunderbare Blumen- und Pflanzendekoration in fröhlicher Note verleiht, ist die nächste Lebenswürdigkeit Berlins. Zum ist der größte Erfolg mit der Eröffnung garantiert.

Die Lage des Unternehmens, die prachtvolle Ausstattung der Räume, zu denen sich im Sommer ein lauschiger Gartenhof gesellen wird, der durch die breiten Fensteröffnungen mit dem Lokal direkt verbunden ist, die erhabene Leistung des tüchtigen Geschäftsmannes Röhren ihm die schnellste Popularität. Mögen die Zeiten noch so traurig scheinen, ein hoffnungsvoller Ausblick bleibt uns doch. Und in allen Sorgen und aller Arbeit kommen Stunden der Ruhe, wo man sich gern der Geselligkeit und angemessenen Genusses ergeben will. Dann wird man zu „Londori“ gehen und neben der guten Musik und angenehmen Aufenthalt die Bewirtung finden, die dem Namen „Londori“ schon bisher die Zufriedenheit aller sicherte. M. S.

Opernhaus
Fidelio.
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus
Die Kreuzschreiber.
Anfang 7 Uhr.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
Direktion Friedrich Kayßer.
7 1/2 Uhr: **Wilhelm Tell.**

National-Theater
7 1/2 Uhr: **Die Kinopuppe.**
Unbeschreiblicher Erfolg!

Casino-Theater.
7 1/2 Uhr: **Die spanische Fliege.**

Bater Knolle.
7 1/2 Uhr: **Die spanische Fliege.**

Theater am Kolonnen Tor.
7 1/2 Uhr: **Cuffige Bagabunden.**

Komödienhaus
An der Marschallbrücke.
7 1/2 Uhr: **Der Feldherrnbügel.**

Berliner Theater
7 1/2 Uhr: **Sterne,**
die wieder leuchten.

Theater der Friedrichstadt.
7 1/2 Uhr: **Drei tolle Tage.**

Residenz-Theater.
7 1/2 Uhr: **Das höhere Leben.**

Frison-Theater.
7 1/2 Uhr: **Der gute Ruf.**

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr: **August der Starke.**

Luisen-Theater.
7 1/2 Uhr: **Husemanns Töchter.**

7 Tische
7 Tische
7 Tische

APOLLO
Theater
Friedrichstraße 21a
Dir.: James Klein
Allabendl. 7 1/2 u. 9 Uhr.
Sonnt. 3 u. 7 1/2 Uhr.

Abdankung
des
Maharadscha

Admiralspalast.
Ballett auf dem Eis
Tanz-Revue.

Reichshall-Theater
7 1/2 u. 9 Uhr.
Sonnt. 3 u. 7 1/2 Uhr.
Steffner Sänger

Admiralspalast.
Ballett auf dem Eis
Tanz-Revue.

Reichshall-Theater
7 1/2 u. 9 Uhr.
Sonnt. 3 u. 7 1/2 Uhr.
Steffner Sänger

Admiralspalast.
Ballett auf dem Eis
Tanz-Revue.

Reichshall-Theater
7 1/2 u. 9 Uhr.
Sonnt. 3 u. 7 1/2 Uhr.
Steffner Sänger

Admiralspalast.
Ballett auf dem Eis
Tanz-Revue.

Reichshall-Theater
7 1/2 u. 9 Uhr.
Sonnt. 3 u. 7 1/2 Uhr.
Steffner Sänger

Admiralspalast.
Ballett auf dem Eis
Tanz-Revue.

Lessing-Theater
Direktion Victor Barnowsky
7 1/2 Uhr: **Der blaue Hahn.**
Freitag: Peer Gynt.
Sonntags: Der rote Hahn.

Deutsches Künstler-Theater.
7 1/2 Uhr: **Der Schöpfer.**
Freitag: Nachtbeleuchtung.
Sonntags: Der Schöpfer.

National-Theater
7 1/2 Uhr: **Die Kinopuppe.**
Unbeschreiblicher Erfolg!

Casino-Theater.
7 1/2 Uhr: **Die spanische Fliege.**

Bater Knolle.
7 1/2 Uhr: **Die spanische Fliege.**

Theater am Kolonnen Tor.
7 1/2 Uhr: **Cuffige Bagabunden.**

Komödienhaus
An der Marschallbrücke.
7 1/2 Uhr: **Der Feldherrnbügel.**

Berliner Theater
7 1/2 Uhr: **Sterne,**
die wieder leuchten.

Theater der Friedrichstadt.
7 1/2 Uhr: **Drei tolle Tage.**

Residenz-Theater.
7 1/2 Uhr: **Das höhere Leben.**

Frison-Theater.
7 1/2 Uhr: **Der gute Ruf.**

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr: **August der Starke.**

Luisen-Theater.
7 1/2 Uhr: **Husemanns Töchter.**

7 Tische
7 Tische
7 Tische

APOLLO
Theater
Friedrichstraße 21a
Dir.: James Klein
Allabendl. 7 1/2 u. 9 Uhr.
Sonnt. 3 u. 7 1/2 Uhr.

Abdankung
des
Maharadscha

Admiralspalast.
Ballett auf dem Eis
Tanz-Revue.

Reichshall-Theater
7 1/2 u. 9 Uhr.
Sonnt. 3 u. 7 1/2 Uhr.
Steffner Sänger

Admiralspalast.
Ballett auf dem Eis
Tanz-Revue.

Reichshall-Theater
7 1/2 u. 9 Uhr.
Sonnt. 3 u. 7 1/2 Uhr.
Steffner Sänger

Admiralspalast.
Ballett auf dem Eis
Tanz-Revue.

Reichshall-Theater
7 1/2 u. 9 Uhr.
Sonnt. 3 u. 7 1/2 Uhr.
Steffner Sänger

Admiralspalast.
Ballett auf dem Eis
Tanz-Revue.

Reichshall-Theater
7 1/2 u. 9 Uhr.
Sonnt. 3 u. 7 1/2 Uhr.
Steffner Sänger

Admiralspalast.
Ballett auf dem Eis
Tanz-Revue.

Reichshall-Theater
7 1/2 u. 9 Uhr.
Sonnt. 3 u. 7 1/2 Uhr.
Steffner Sänger

Central-Theater
Heute geschlossen.
Sonntags, zum 1. Male:
Die Schöne von Athen.

Palast-Theater
7 1/2 Uhr: **Christus.**

Schiller-Theater.
7 1/2 Uhr: **Die große Pause.**

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: **Zur wilden Hummel.**

Th. am Nollendorfplatz
7 1/2 Uhr: **Wo die Lerche singt.**

Theater des Westens
7 1/2 Uhr: **Madame Sherry.**

Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: **Geisha.**

Marmorhaus
Dir. Siegbert Goldschmidt

Die Reise um die Erde in 80 Tagen
8 Akte nach Jules Verne

Winter-Garten
Täglich 7 1/2 Uhr:
Varieté-Spielplan

METROPOL
KABARETT
SPRINGS

Trade
Robert Steidl

Yo Larte
Der sprechende Mund

Leopold Byron
Lajos Rigó

Adolf Karnbach
u. a. m.

Gygyi-Konzerte
Warme Küche

Braune's Diele
Alexanderstr. 43
mit dem überredeten
März-Programm
wieder eröffnet!

Reichshall-Theater
7 1/2 u. 9 Uhr.
Sonnt. 3 u. 7 1/2 Uhr.
Steffner Sänger

Admiralspalast.
Ballett auf dem Eis
Tanz-Revue.

Reichshall-Theater
7 1/2 u. 9 Uhr.
Sonnt. 3 u. 7 1/2 Uhr.
Steffner Sänger

Admiralspalast.
Ballett auf dem Eis
Tanz-Revue.

Reichshall-Theater
7 1/2 u. 9 Uhr.
Sonnt. 3 u. 7 1/2 Uhr.
Steffner Sänger

Admiralspalast.
Ballett auf dem Eis
Tanz-Revue.

Reichshall-Theater
7 1/2 u. 9 Uhr.
Sonnt. 3 u. 7 1/2 Uhr.
Steffner Sänger

Admiralspalast.
Ballett auf dem Eis
Tanz-Revue.

Reichshall-Theater
7 1/2 u. 9 Uhr.
Sonnt. 3 u. 7 1/2 Uhr.
Steffner Sänger

Central-Theater
Kommandantenstr. 57.
Sonntags, den 22. März 1919,
7 Uhr:
Neaufführung:
Die Schönste von Allen

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**

Busch
Tgl. 7 1/2 Uhr. Sigs. 3 1/2 u. 7 1/2 Uhr.

Wie ein Wunder
besessen
San-Rat Haussalbe

Goldfüllhalter
Sicherheitsfüllhalter

!!! Geld !!!
für jede Verzinsung. Höchstentlohnung für Pfandbriefe, Staatsanleihen, Goldrentscheine, Treasuries, etc.

Piano lauff
Asser, Hensburger Straße 1.
Berlitzstr. 100/101.

Stoffe
für Damen-Kostüme
Herren-Anzüge

Tuchlager
Koch & Seeland

Schmargendorf
habe ich ein herrschaftliches Wohnhaus mit 2-3- und 2-Zimmerwohnungen, Bad und Ofenheizung bei sehr billigen Mieten und 15000 M. Anzahlung für 145000 M. preiswert zu verkaufen.

Unweit Kaiserallee u. Rheinstrasse
habe ich ein 1906 erbautes, herrschaftliches

Eckhaus
mit 2- bis 3-Zimmerwohnungen an elektr. Licht, Warmwasser und Ofenheizung, bei sehr billigen Mieten für 250000 M. bei 45000 M. Anzahlung zu verkaufen.

Meine Flechte
für deren Beseitigung nur ein Weges sei eine kleine Tube alle möglich. Diese verschwinden, bis über nicht helfen. Ich leit 3. Jhr Spezialmittel los

verschwunden.
Chloro, Walter M. Reichel's Flechtenmittel, seit 25 Jahren ständig bewährt. Preis 2.00, nur gleichzeitigen inneren Kur Reichel's Salzwasser-Behandlung, Pulver, Schachtel 2.00.

Otto Reichel, Berlin 43
60, Giesebühlerstr. 4.

Rainer Rilke-Abend
Maria TRESSNITZ
(verlegt vom 6. März)

Gertrud Ellen Petz
Morgen 7 1/2 Uhr
Theatersaal Hochschule

Musiker
Freikorps Loeschebrand
der Garde-Reg.-Schützen-Division

Die Nacktheit!
Kunstausst. - Zeit für den Handel freigegeben!

2 öffentliche Waschtage
Donnerstag, den 20., Freitag, den 21. März:
täglich zwei Waschtage von 10 bis 12 Uhr

Treu-deutsche Männer!
Die Heimat ist in Gefahr!

Wilhelms II. Abdankung und Flucht
von Paul Graefen von und zu Gosenbrock.

Kredit an Alle
Möbel-Misch

Große Frankfurter Straße 45-46.

Groß-Berlin

Bombenwurf in eine Kinderschar.

Im dieser Uebersicht wird folgende Zeitungsnachricht verbreitet.

Ein bedauerlicher Vorgang, bei dem mehrere Kinder erheblich verletzt wurden, hat sich anlässlich der abermaligen Besetzung Reutlins durch Regierungstruppen in diesem Vorort am letzten Montag zugetragen. Zur Mittagsstunde hatten sich dort vor der Gemeindefschule in der Elbestraße, die mit Kruppen belegt ist, eine Anzahl Kinder eingefunden, um sich den Rest des Mittagessens aus der Feldküche anzubitten. Die Kinder wurden von den Soldaten fortgewiesen, leisteten jedoch dieser Aufforderung nicht Folge, wahrscheinlich weil sie dieselbe nicht ernst nahmen und nicht um das Mittagessen kommen wollten. Dadurch erregten sie den lebhaften Unwillen eines jungen Soldaten, der plötzlich eine Rebellombombe ergreift und sie unter die Kinder warf. Durch Splitter der explodierenden Bombe wurde eine ganze Anzahl Kinder verwundet. Schwereere Verletzungen erlitten vier Mädchen und ein Knabe: Hse Paul, Wesehrstr. 173, Friede Köhler, Fuhlenstr. 43, Hildegard Banger, Wildenbruchstr. 4, Gote Karzin, Wesehrstr. 162, Fritz Stein, Fuhlenstr. 19. Mehrere Kinder trugen Brandwunden im Gesicht und an den Füßen davon. Die Verletzten erhielten auf der Rettungswoche in der Kirchhofstraße ärztliche Hilfe und wurden von dort nach den elterlichen Wohnungen gebracht. Neben den Verletzungen haben die Kinder sehr erhebliche Beschädigungen ihrer Kleidung davongetragen, da durch die ausströmenden Gase sowohl die Kleider wie auch das Schuhwerk zerfetzten.

Von anderer Seite wird uns mitgeteilt, der Schaudige habe — bei der ersten Besetzung durch seinen Vorgesetzten — angegeben, daß er die Granate persöhnlich fallen ließ, und sie mit dem Fuß beiseite schob, worauf sie über die Vorhöfelle hinabrollte und explodierte. Er soll nicht ein junger, sondern ein schon älterer Soldat sein, und zwar ein Feldwebel. Wenn die oben an erster Stelle gegebene Darstellung zutreffen sollte, so läge eine Reichfertigkeit und Gewissenlosigkeit vor, die allerstrengste Ahndung verdient. Die sofort eingeleitete Untersuchung wird hoffentlich volle Aufklärung bringen. Der Truppenteil hat inzwischen die Schule wieder geräumt und Reutlin verlassen.

Wie sie hauchten.

Am Sonnabend, den 8. März, nachmittags gegen 3 bis 4 Uhr, kam an der Kreuzung Weidenweg und Friedenstraße ein Wagen mit Lebensmitteln für die Regierungstruppen. Natürlich wurde der Wagen angehalten und der Kutscher heruntergeholt. Der betreffende Soldat wurde erst von der Menge, die ihn umgab, mit Häuten bearbeitet und ihm der Kopf gegen die Wand des Hauses Nr. 88 geschlagen. Dann schleifte man ihn in Richtung Zentralviehhof weiter. Vor dem Hause Nr. 85 kam ein Klempnermeister aus der Hornborfer Straße vorbei und sagte im Vorbeigehen zu den Leuten: „Habt doch Mitleid mit dem Menschen.“ Daraufhin wurde ihm erwidert: „Was Mitleid?“ und ein paar männliche Personen, besonders junge Durchein, kitzelten auf ihn zu und bearbeiteten ihn mit Häuten, bis es ihm gelang, sich in das Haus Weidenweg 6 zu retten. Mittlerweile wurde der Regierungssoldat von einem Unbemerkten weitergeschleppt. Eine Frau aus der Menge rief dann: „Hier prügelt ihr drauflos und den Regierungssoldaten laßt ihr laufen.“ Ein paar andere riefen: „Nacht ihn doch kalt.“ In der Gegenwart durfte niemand für die Regierung sprechen. Bei der Drogerie, Weidenweg Ecke Friedenstraße, stand eine Gruppe und schimpfte natürlich auf die Regierung. Ein Soldat mit einem silbernen Verwundetenabzeichen kam hinzu und auferte: „Aber Kinder, die Regierung kann doch nicht so schnell arbeiten.“ Daraufhin kitzelten sich die Leute auf ihn und schlugen ihn nieder. Mit Wut und Rot konnte er sich durch die Menge retten. An dieser Stelle standen immer Herden, welche darauf ausgingen, entweder zu plündern oder jemand niedergebauen. Als am Sonntagabend eine Granate im Hause Friedenstraße Ecke Weidenweg einschlug, waren, kaum daß sich der Pulverdampf verzogen hatte, diese Leute dabei, den Laden von F. Karzels auszuräumen.

Die Spartakisten, welche in den Handstuppen Große Frankfurter Straße Ecke Friedenstraße gefesselt hatten, kamen mit einem leichten M.G., mehreren Pistolen und Karabinern bzw. Gewehren 88 durch den Weidenweg. Vom Volktempel herunter kam ein junger Mann von 22 bis 23 Jahren in Holzer auf einem Rade. Ihm wurde zugerufen: „Munter“. Er fragte ob und wollte seine Papiere zeigen. Der eine äßerte: „Ach Quatsch, Papiere,“ verfehle ihm von hinten einen Fuhritt und schlepte ihn mit. Ein Nachbar hat während des Krieges sich 10 000 M. gespart, er ist natürlich radikal. Der zeigte uns die Briefstasche, daß er 6000 M. in der bei sich habe, und zwar nicht aus Angst vor den Regierungstruppen, sondern vor seinen eigenen Gesinnungsgenossen. Er hauchte nämlich verschiedentlich in dem Keller und betete Angst, daß während er unten saß, ihm die Dachschäben vielleicht die Wohnung austräumen könnten. Dies hinterließ ihm aber nicht zu sagen, daß die Regierungstruppen „Aufhebung“ seien und die Aufständischen „entlassene, wohl-anständige männliche Soldaten“.

Als die Regierungstruppen durchkamen, atmeten alle, auch die Unabhängigen usw., auf. Die Regierungstruppen gaben erst dann in die Luft Schreckschüsse ab, wenn sie verschiedentlich aufgeföhrt hatten, daß die Straße freizumachen sei und die Fenster zu schließen sind. Von einem Blindlingschleichen gar keine Spur. Der Inhaber des Waschkreislaufes der Unabhängigen, Hermann Strater, Weidenweg 88, hand lächelnd dabei, als der Regierungssoldat und der Klempnermeister nighandel wurden.

Gerihtsanzlistenehend.

Seit langen Jahren erstreckten die Rangleibeamten der Justizbehörden eine Forderung ihres entwürdigenden Arbeits- und Bezahlungssystems nach Seiten, Reilen und Silben. Die Bezahlung erfolgte pro Seite mit 8 Pf., anfangend, in 85 Dienstjahren steigend bis zu 24 Pf. Vorschleitung war 88 Seiten täglich. Nach 10jähriger Dienstzeit erreichte der Rangleibehilfe ein sogenanntes Mindesteinkommen von 155 M. Der Ueberdienst durch Heimarbeit wurde trotz der Extraausgaben an Licht und Heizung mit nur 8 Pf. pro Seite bezahlt. Um sein Einkommen etwas zu vergrößern, arbeitete der Rangleibehilfe tagtäglich bis spät in die Nacht hinein.

Durch die Revolution und Einführung der achtstündigen Arbeitszeit mußte dieses System fallen. Der Gerichtsanzleibehilfe erhielt er heute noch das Mindesteinkommen von 75 M. bis zu 235 M. monatlich sowie Entschädigung des Ueberdienstes berechnet nach dem Durchschnittsüberdienst eines Jahres. Das fällt bei Krankheit weg, trotzdem der Rangleibehilfe nicht einer Ortskrankenkasse angehören kann. Infolge des Wegfalls der Hausarbeit müssen Hilfskräfte zur Bewältigung der Arbeit in vielen Fällen eingestellt werden.

Durch Beförderung des Justizministers vom 13. 12. 1918 ist für Hilfskräfte ein Tagelohn von 4 bis 8 M. festgesetzt. Welden sich nun Hilfskräfte, so wird ihnen durchweg 6 M., höchstens 7 M. pro Tagelohn bezahlt. Unter diesen Umständen ist es eben nicht möglich, Hilfskräfte zu erhalten.

Eine bessere Bezahlung der Hilfskräfte würde bedingen, daß die sämtlichen Rangleibehilfen besser bezahlt werden müßten. Die Schuld, daß zur Erledigung der dringlichsten Arbeiten die erforderlichen Kräfte nicht zu beschaffen sind, liegt in der Bezahlung. Verbessert die Behörde das Einkommen der Rangleibehilfen und der Hilfskräfte, so wird es nicht schwer fallen, letztere in genügender Anzahl zu erhalten.

Besonders traurig ist aber die Lage der Justizanwälte. Diese haben überhaupt keinen Lohnanspruch, es kann ihnen eine monatliche Unterstüßung von 100 M. gewährt werden, und selbst dieser Betrag ist einem Justizanwalt in Urti dreiweigt worden, weil er es nicht seit dem 13. Februar ist. Er lebt sechs Jahre im Staatsdienst, hat gleich seinem Vater den Krieg sechs Jahre im Ueberdienst geleistet für die täglichen Dienstfahrten 20 M. monatlich. Hier ist Abhilfe dringend nötig.

Sie empfiehlt sich!

Ein Gasabnehmer sucht aus ein ihm zugegangenes Schreiben, daß ihm 89,50 M. Gasstrafe für „zu viel“ verbrauchtes Gas abfordert. Zahlt er nicht binnen fünf Tagen, so soll ihm die Gaszufuhr abgeperrt werden. Diese Klagen sind uns in letzter Zeit so zahlreich zugegangen, daß wir unmöglich sie alle hier hätten wiedergeben können. Wie wir über die schematische Anwendung des Gasparzwanges mit seinen Gasstrafen und seiner Gasabperrung denken, wollen wir nicht zum laubdielten Male wiederholen. Gegenüber solchen Zwangsmahregeln berührt es eigenartig, daß die Gasbetriebsgesellschaft (die hildere „Engländer“), die den Einsender beliefert und ihm für Ueberverbrauch das Strafgehd abfordert, ihren Brief schließt mit der Höflichkeitssformel: „Es empfiehlt sich usw.“ Früher „empfehlen sich“ Gasgesellschaften und auch die Gaswerke der Gemeinden ihren Gaskunden zu möglichst reichlicher Entnahme von Gas. Heute wird man für zu „verschwendische“ Entnahme des geringwertigen Gases mit Strafverordnungen und Sperrdrohregeln drangsalziert.

Wann wird der Rentenzuschlag ausgezahlt.

Durch Verordnung vom 26. Dezember 1918 ist die Kriegsbeschädigtenrente erhöht um

50 Proz. bei 10 bis auschl. 55 1/2 Proz. Erwerbsbeschränkung.	75	83 1/2	50
100	50	50	höherer

Die Auszahlung wurde bisher ausgesetzt. Selbst unter Berücksichtigung der „technischen Schwierigkeiten“ könnte jetzt endlich die Auszahlung erfolgen.

Der Anspruch auf Ersatz des Tumultschadens.

Das preussische Gesetz vom 11. März 1880 schafft eine Ersatzpflicht der Gemeinden für den Schaden, der in ihrem Gebiet bei Aufmärschen durch die zusammengedrängte Menge oder durch die dagegen getroffenen gesetzlichen Maßregeln verursacht wird. § 5 des Gesetzes lautet:

Wer von der Gemeinde Schadenersatz fordern will, muß seine Forderung binnen 14 Tagen präklusivster Frist, nachdem das Datum des Schadens zu seiner Wissenschaft gelangt ist, bei dem Gemeindevorstande anmelden und binnen 4 Wochen präklusivster Frist nach dem Tage, an welchem ihm der Beschädigte des Gemeindevorstandes zugegangen ist, erforderlichenfalls gerichtlich geltend machen.

Ist die Frist verstrichen, so ist jeder Anspruch auf diesem Gesetz ausgeschlossen. Gleichgültig ist dabei, ob den Geschädigten bei Forderung der Frist eine Schuld trifft oder nicht; ihn entschuldigt auch nicht, daß er von dem Bestehen dieser Frist nichts gewußt hat. Ist der Verletzte benachteiligt, so kann die Frist erst beginnen, wenn er zu Bewußtsein zurückgekehrt ist. Abgesehen von diesem Fall, wird der Lauf der Frist nicht dadurch gehindert, daß der Verletzte, ohne das Bewußtsein verloren zu haben, zunächst vielleicht monatelang im Krankenhaus liegt und erst nach Ablauf der Frist entlassen wird. Hat er nicht schon aus dem Krankenhaus heraus seine Rechte gemeldet, so ist die Frist verstrichen.

Es dürfte sich darum empfehlen, wenn das Amt- und Pflegepersonal in solchen Fällen den Verletzten auf sein Recht aufmerksam machen und ihn gegebenenfalls bei der Anmeldung seiner Ansprüche behilflich sein würde.

Die Anmeldepflicht entsteht, sobald überhaupt ein Schaden festzustellen ist, ohne Rücksicht darauf, ob er schon in diesem Umfange erkennbar ist.

Anmeldestelle ist der Gemeindevorstand, d. h. in den Städten der Magistrat, nicht der Oberbürgermeister, in den Landgemeinden der Gemeindevorsteher.

Wird der Ersatzanspruch hier abgelehnt, so ist innerhalb der mit dem auf den Eingang des Bescheides folgenden Tage beginnenden zweiten Frist von vier Wochen, nicht 1 Monat, bei den ordentlichen Gerichten Klage zu erheben.

Rechtsanwalt Wilhelm Roska.

Wo bleibt der Mieterschutz?

Ein Uebelstand, der der Gesetzgebung zum Eingreifen Anlaß geben müßte, ist die Verletzung von Mieterschutz durch Kriegsteilnehmer. Mithinglich werden uns mündlich und schriftlich Fälle vorgetragen, in denen die Hauseigentümer, oft unter Drohungen mit Kündigung, Einbehaltung der Möbel und Zwangsversteigerung Mieterschutz aus der Kriegszeit verlangen. Je länger der Mann im Felde war, je höher sind in der Regel die durch Kriegsteilnehmer entstandenen Schulden, die jetzt unsere Hausgärtner bezugtreiben versuchen. Und das, nachdem unsere gerade heimgekehrten Kriegsteilnehmer zu Weihnachten und Neujahr mit der Steigerung oder Kündigung „beglückt“ worden sind.

Auf dem Gebiet des Mieterschutzes hat die Regierung noch gar nichts getan, trotz der Empörung, die in den weichen Kreisen namentlich der Kriegsteilnehmer herrscht und die doch auch der Regierung nicht unbekannt geblieben sein kann.

Darum beantragt die Regierung nicht einmal, daß die Grob-Berliner Gemeinden allgemein als Kostlandgebiete im Sinne der beiden Bundesratsverordnungen vom 28. September 1918 erklärt werden? Dann haben die sozialdemokratischen Gemeindevorstellungen die Möglichkeit, die Magistrate zu Maßnahmen für den Mieterschutz zu drängen.

Auf eine schließliche Forderung des Vorkaufsrechts (Eigentumsminimum betreffend), des § 511 B.P.O. (unpfändbare Gegenstände betreffend) und der §§ 669—668 B.P.O. (Vermieterpfandrecht betreffend) muß verlangt werden als vorläufige Maßregel, unbeschadet späterer Schaffung eines dem Allgemeininteresse Rechnung tragenden Wohnungsrechtes. In dem Rotgesetz müßten auch die schließlichen Bestimmungen der Mietverträge, wie sie z. B. den Mietern in Groß-Berlin aufgegeben werden, für unglücklich erklärt und die reformierten Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches als genügendes Recht eingeführt werden.

Wohnungsnot?

Da steht ein großes Wohnhaus in der Trägerstraße an der Hauptstraße in Schöneberg, seit drei bis vier Jahren die Fenster mit Brettern verbohrt. Warum legt nicht die Gemeinde im öffentlichen Interesse Beschlag darauf, setzt Fenster ein. Sofort können viele Wohnungen bezogen werden. Bei den heutigen Preisen gibt's noch einen Ueberkauf und ist dann veräußert. In der Tiergartenstraße steht manche Villa leer. So könnte man's bessere Familie dort eingemietet werden. Ueberhaupt

können in den großen Villen zwei bis drei Wohnungen abgeteilt werden. Es gibt viele, die drei und vier Etagen dort bewohnen; ist das jetzt nötig?

Erwerbslosenfürsorge im Februar.

Während zu Beginn des Februar in Berlin 161 000 Erwerbslose (davon 118 537 männliche und 42 463 weibliche) unterstüßt wurden, betrug ihre Zahl am Ende des Monats 185 143 (davon 124 653 männliche und 60 490 weibliche). Es sind im Laufe des Monats zwar fast 30 000 Erwerbslose (22 449 männliche und 7 497 weibliche) aus den verschiedensten Gründen in Abgang gekommen; der Zugang belief sich aber demgegenüber auf 58 428, so daß wiederum ein Anwochsen um rund 24 000 zu verzeichnen ist. Immerhin darf dieser Zuwachs als nicht allzu erheblich bezeichnet werden angesichts der Tatsache, daß im Monat Januar die Zahl der Erwerbslosen von rund 79 000 auf rund 161 000, also um 82 000, stieg.

Der Zugang des Februar verteilt sich wie folgt: männliche 14—18 Jahre 528, 16—18 Jahre 1181, 18—20 Jahre 1878, über 20 Jahre 29 878, zusammen 35 566, davon verheiratet 12 387; weibliche 14—18 Jahre 221, 16—18 Jahre 1866, 18—20 Jahre 2084, über 20 Jahre 15 783, zusammen 19 864.

Die Summe der im Februar ausgezählten Unterstüßungen beläuft sich auf über 20 1/2 Millionen Mark, also fast ebensowiel wie die seit der Einführung der Fürsorge (Mitte November 1918) bis Anfang Februar insgesamt gewährten Unterstüßungen (rund 28 Millionen Mark). Die Gesamtsummen für die Erwerbslosenfürsorge in Berlin von ihrer Einführung bis Ende Februar haben damit eine Höhe von nahezu 66 Millionen Mark erreicht.

Soziale Fürsorge?

Uns wird geschrieben: Seit circa 1 1/2 Jahren bin ich in einer Kewierinspektion der Berliner hildischen Gaswerke als Standaufnehmer tätig. Nun ist mir meine Stellung zum 1. April gekündigt worden infolge der Einstellung von Kriegsteilnehmern. Ich bin Witwe und möchte den Magistrat fragen, ob das soziale Fürsorge ist, daß er die Witwen mit ihren Kindern dem Hunger preisgibt? Von was soll ich in der achtstündigen Karenzzeit der Erwerbslosenfürsorge leben?

Im Gegenlag dazu geht uns von anderer Seite die Mitteilung an, daß noch immer ein großer Teil Hausbesitzer und selbständige Geschäftleute beim Magistrat beschäftigt sind. Sollte da nicht ein Ausgleich möglich sein?

Arbeit genug!

Es gab im November noch Arbeit in Hülle und Fülle, ist das Material wirklich zu Weihnachten alles aufgebraucht? Wenn das Bumba Material gibt, warum sorgt die Polizei nicht wie früher, daß die Dachrinnen gemacht werden, dann gibt es Arbeit für die Klempner. An den Baustraßen und Grundstücken bleibt man an den Drahtkänen hängen und erreicht das letzte Zeug, da wäre doch Arbeit. Die Bedürfnisanstalten auf den Bahnhöfen und öffentlichen Plätzen sind derartig, daß einem schlimm wird und daß man sich vor den Fremden schämen muß; gehen die nicht beruhen? Wann sollen sie die nötige Reparatur erfahren, z. B. auf dem Potsdamer Platz? Es gibt doch einfache Baustoffe und dabei nette Ausführung.

Ein Opfer des Artilleriekampfes

Ist ein Arbeiter geworden, der als Schützenstr. 6 wohnte. Seine Frau liegt im Krankenhaus und als er nach Hause kam, waren seine Wohnung und seine dort aufbewahrten Erpormittel einem Wolltuff zur Beute gefallen. Der Mann ist selbst 50-Proz.-Kriegsinvalider. Er ist arbeits- und mittellos, die Kleidungsstücke der Familie sind verschwunden, aber niemand hilft ihm und der Magistrat schickt ihn von Pontius zu Pilatus, statt daß ihm sofort Hilfe würde.

Neue Spartakus-Bücher

werden eifrig vorbereitet, und zwar folgender Art: In aller nächster Zeit soll eine neue Monatsheft errichtet werden. Damit beginnt dann eine Gewalt-Diktatur des Militarismus gegen die Arbeiter. Die russische Regierung habe an Deutschland mehrere Hundert Wagon Lebensmittel zur Verteilung an die deutschen Arbeiter geliefert und wäre bereit gewesen, weitere vollständige ausreichende Mengen an Lebensmitteln nachzuliefern. Die deutsche Regierung habe diese Lebensmittel zurückgewiesen, weil sie von einer bolschewistischen Regierung stammten. Die Arbeiter sollen lieber verhungern, als Lebensmittel vom bolschewistischen Ausland zu bekommen.

Aus diesem Grunde muß die Regierung befristet werden, damit später unter der Räte-Regierung sofort ein Ueberfluß an Lebensmitteln eintreffe. Dabei zeigen sie sich in Petersburg um Hundert und Tausend!

Zu der Waffenbeschlagnahme in Adlershof

sendet uns der Arbeiter- und Soldatenrat der Flugzeugmeisterei Adlershof den nachstehenden Bericht:

Die Fliegergesellschaft der Flugzeugmeisterei Adlershof hat durch geheime Abstimmung mit 2673 gegen 218 Stimmen den Generalstreik beschlossen. Während des Generalstreiks ist auf dem Flugplatz alles ruhig verlaufen. Der Platz wurde beschreibsmäßig bewacht, auch beruht das Gerücht vom Kaufzig von Flugzeugen während der Streiklage auf Unwahrheit. Die Waffen und Munition sind nicht in der Gemeinde Adlershof, sondern in der Flugzeugmeisterei gefunden worden. Die Gemeinde Adlershof und Dohnsdorf hatten für ihren Sicherheitsdienst Gewehre geliefert bekommen.

Die Maschinengewehre stammen aus Flugzeugen, die aus den aufgelösten Abteilungen nach hier zurückgeschickt werden, also für Straßenkampf nicht zu gebrauchen sind. Solange gehen von hier nach Döberitz. Alle anderen Maschinengewehre stammen aus der aufgelösten Abteilung Döberitz.

Die Gewehre und Karabiner waren dem Wach- und Sicherheitsdienst nach dem Januarstreik von der Regierung zur Verfügung der auf dem Platz lagernden Millionenwerte zugesandt worden. Die Seitengewehre lagern in der Waffenkammer noch seit dem Kriege. In der Anzahl der Patronen sind die der Maschinengewehre enthalten. Die Gewehrpatronen waren beschreibsmäßig verschlossen.

Ueber die Art und Menge der Munition und Waffen ist monatlich ein Bericht an das Generalkommando des Gardelapts gesandt worden. Hieraus geht deutlich hervor, daß die Waffen und Munition zu Recht lagerten und bitten wie Durchsuchungen der Räume auf dem Platz, wie sie am Sonntag durch die Garde-Kavallerie-Schützen-Division vorgenommen wurde, indem Kästen und Schreibtische aufgeschrien und Fenster eingeschlagen wurden, zu unterlassen. Bemerk sei noch, daß man neben allen anderen Sachen auch Röhre und Schürzen aus den Spinden gestohlen hat.

Wie mitunter Mietssteigerungen zustande kommen!

Man weiß, daß in Berlin so manchen „Hauseigentümern“ tatsächlich verdammt wenig von „ihren“ Häusern gehört. Diese „Hauseigentümer“ stehen so tief in Hypothekensulden, daß sie eigentlich nur noch Verwalter von Häusern ihrer Gläubiger genannt werden können. Die Hypothekengläubiger haben weitgehenden Einfluß auf die Verwaltung solcher Häuser, und oft sind sie es, die

auf ausgiebige Mietersteigerungen drängen. Da haben zum Beispiel Hypothekendarlehen der Neuen Bodenkriegsgesellschaft kürzlich folgende Zinschrift von ihr erhalten:

Wir bitten, und bis zum... auf anliegendem Formular eine Aufstellung der gegenwärtigen Mieten Ihres Grundstückes abzurufen und auf dem Formular in der dafür bestimmten Kolonne die erst am 1. April oder später in Kraft tretenden Mietersteigerungen anzugeben. Sollten die hierher vorgenommene Steigerungen hinter dem üblichen Durchschnittssatz von 20 bis 25 Proz. der Mieten vor dem Kriege zurückbleiben, so bitten wir, uns die Gründe hierfür möglichst anzugeben zu wollen.

Dieser Brief „spricht Wände“! Mietersteigerungen von 20 bis 25 Prozent der Mieten vor dem Kriege galten der Gesellschaft als üblicher Durchschnittssatz. Gleichen in den von ihr belästigten Häusern die bisherigen Steigerungen hinter ihm zurück, so müssen die „Eigentümer“ das begründen können. Was die Gesellschaft zum wird, wenn eine Begründung ihr nicht genügt, darüber braucht niemand sich zu kümmern. In den Fällen solcher Kapitalisten-Gruppen vermindert ein beträchtlicher Teil des Reinertrages der Gärten, der aus den Löhnen der Wohnungsmieter herausgeholt wird. Wann wird den Bodenkriegsgesellschaften das Handwerk gelegt?

Das Bekleidungsamt Spandau

war bis zur Revolution ein rein militärischer Betrieb. Am 9. November wurden Soldatenräte gewählt, die zu ihrem Vorsitzenden den Inspektorstellvertreter Pflanz machten. Es war dem Soldatenrat zunächst, das Bekleidungsamt innerhalb kurzer Zeit von einem militärischen Institut in einen Zivilbetrieb umzuwandeln; alle, die vorher unter Militärrecht und Soldatenlösung arbeiten mußten, erhielten vom 21. November 1918 ab einen Stundenlohn von 2,50 M., also bei 8 stündiger Arbeitszeit einen Tageslohn von 20 M. An Stelle des Soldatenrates wurde nun ein Arbeiterrat gewählt. Es wurden damals Ledermann und Bombad vorgeschlagen. Ledermann erklärte, daß er dem äußersten linken Flügel der U. S. V. D. angehöre, Bombad hingegen bekannte sich als Anhänger der U. S. V. D., ließ sich aber vollständig in das Schlepptau von Ledermann nehmen. In den Versammlungen wird jede andere Meinung durch wüste Schimpfen erstickt. Jeder, der es für notwendig hält, Ledermann politisch zu bekämpfen, wird auf das Unerhörteste bedroht. Als am Montag, den 8. März von der U. S. V. D. und der A. P. der „Generalstreik“ noch vor dem Groß-Berliner Rätebeschluss proklamiert wurde, hielt es unser Genosse Schulze für seine Pflicht, die Kollegen auf die schweren Folgen dieses Unternehmens hinzuweisen und davor zu warnen, sich unter den heutigen Verhältnissen diesem Streik anzuschließen. Er fand auch großes Verständnis und überall dort, wo er sachlich verhandeln konnte, erklärte sich 75 Proz. gegen den Streik. Nur in dem Anstrichschuppen 4 griff ihn ein gewisser Fischer (U. S. V.) tödlich an.

Geheime Abstimmung über den Streik wurde natürlich mit allen Mitteln verhindert. Nach diesem Streik legte auch die Hege gegen uns von neuem ein. Eine infame Lüge ist es, daß wir einen Artikel in der „Spandauer Zeitung“, in dem Ledermann und Genossen des schlimmsten Terrors beschuldigt werden, verfaßt hätten. Man arbeitet gegen uns mit Verdächtigungen und Verleumdungen und droht, mit allen Mitteln und unerschrocken zu wachen und dafür zu sorgen, daß wir entlassen werden. Diese Drohungen lassen uns kalt. Wenn die niedrigsten Schmädhungen und Beschimpfungen schreitet der Signalführer Bittner nicht ein. Im Gegenteil, er hat tatkräftig dabei mitgeholfen. Infolgedessen besuchten wir die Sitzung nicht mehr. Für die Wirtschaft und die Geschäfte lehnen wir die Verantwortung ab. Solange dieser Arbeiterrat im Bekleidungsamt fungiert, können geordnete und ruhige Verhältnisse nicht eintreten. Wir fordern die Anhänger der Mehrheitspartei sowie alle besonnenen Arbeiter und Arbeiterinnen, die nicht mit dem Terrorismus einer unwürdigen Minderheit einverstanden sind, auf, wachsam zu sein, um sich nicht noch einmal für einen Generalstreik einlassen zu lassen, dessen politisches Ziel die Ausrottung der Räte-republik in russischer Reichweite ist, wofür sich das deutsche Volk, vor allem die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse, schärfsten bedankt. Wir empfehlen aber auch allen Angehörigen des Bekleidungsamts sich den Betriebsversammlungen fernzuhalten, da unsere Auffassung stets brutal niedergebührt worden ist. Sobald der Belagerungszustand aufgehoben ist, wird in einer Versammlung eine objektive Darstellung über diese Verhältnisse gegeben werden.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Die Freilassung der 21. März wird in den Bezirken der 22., 178., 179., 223. und 240. Brotkommission und 24. März in den Bezirken der 54., 56., 76. und 228. Brotkommission pro Kopf 125 Gr. oder 1 Maß Rye verteilt.

Spandau. Als Folge für die gestrige Kartoffelration wird gegen Abgang 15 und 16 300 Gramm Roggenmehl in den einschlägigen Geschäften abgegeben. — Vom Mittwoch, den 19. d. M. ab, ist in den einschlägigen Geschäften des Stadtteils Siemensstadt auf Nr. 198 1/2 Pfund Weizsäle zu haben.

Der Tausendrubelschein für 50 Pfennig.

Im 150 000 R. gefordert wurde kürzlich ein Offizier auf dem Stettiner Bahnhof. Der Neulöhner Kriminalpolizei gelang es, den Diebstahl aufzuklären, der Bestohlene aber ist unbekannt weitergereist und hat sich noch nicht gemeldet. Kriminalbeamten kam zu Ohren, daß jemand verhaftet hatte, 48 Einlaufendrubelscheine gegen deutsches Geld umzuwechseln. Zwei Männer waren zunächst auf der Reichsbank gewesen. Diese hatte die Umwechslung abgelehnt und die Weiden an die Krippebank in der Unterwasserstraße verwiesen. Hier traf den Besitzer der Papiere ein großer Mißgeschick. Er hat das Geld für 50 Pf. an, weil er den Wert nicht kannte. So erregte er Verdacht und wurde festgehalten. Er und sein Begleiter wehrten sich aber damit heraus, daß sie im Auftrage eines anderen handelten und daß dieser ihnen den Wert nicht deshalb nicht angegeben habe, weil er geglaubt habe, sie könnten ihn selbst. So ließ man beide wieder frei. Die Neulöhner Kriminalpolizei ermittelte, daß der Besitzer der Banknoten, ein 33 Jahre alter Arbeiter Karl Wartsch aus der Thiemannstraße, ein gewerdmäßiger Taschendieb ist, der mit Vorliebe die großen Theater und die kleinen Biers und Weinwirtschaften unsicher macht. Es ergab sich denn auch, daß Wartsch seinen letzten großen Streich auf dem Stettiner Bahnhof verübt hatte. Dort sah er im Wartesaal 1. und 2. Klasse mehrere Offiziere, die eingeschlossen waren. Wartsch bemerke er die Gelegenheit, einem die Leberstücke wegzunehmen. Erst als er mit der Leuchte nach Hause kam, fand er in der Tasche für 150 000 R. deutsche, russische und ukrainische Geldscheine. Wartsch wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Er hat außer diesem auch noch 10 andere größere Taschendiebstähle eingeräumt. Den Offizier, dem die Tasche mit dem wertvollen Inhalt gestohlen wurde, zu ermitteln, ist noch nicht gelungen.

Explosion in Charlottenburg. Ein besagender Unfall ereignete sich gestern nachmittag um die zweite Stunde in Charlottenburg. Hier dort die Truppen des Freikorps fallen durch die Bismarckstraße nach ihrem Quartier in Döberitz gegen, explodierte gegenüber dem Schützengarten auf bisher unauflösbare Weise in einem mit Munition beladenen Lastauto eine Bombe. Durch die Explosion wurde die aus fünf Mann bestehende Besatzung des Autos verwundet, darunter drei Soldaten so schwer, daß sie sofort einem Krankenhaus zugeführt werden mußten.

10 000 R. Besatzung. Ein großer Geschäftsbruch bei dem den Duden für ungefähr 160 000 R. Ware in die Hände fiel, wurde in der vergangenen Nacht bei der Firma Wäntal, Gorenlohn u. Co. in der Kronenstr. 17 verübt. Die Einbrecher verschafften sich Zugang in die im zweiten Stockwerk belegenen Ge-

schäftsräume, indem sie die Rauchschlüssel abdrücken und nachher wieder anstieten. Sie erbeuteten u. a. Mantelfeide, Lack, Surab-Feide, wollene Kleider und seidene Röden und Mäntel. Auf die Wiederherstellung der gestohlenen Ware hat die geschädigte Firma eine Belohnung von 10 Proz. ihres Wertes ausgesetzt. Mitteilungen nimmt das Geschäft in der Zeit von 9-2 entgegen.

„Der Wahre Jakob“ Nr. 3 ist wegen Transportschwierigkeiten noch nicht eingetroffen. Die Buchhandlung bittet daher um Nachsicht.

Das Märkische Museum ist vom 20. d. M. an wieder täglich, außer Sonnabends, von 10-3 Uhr geöffnet.

Wahrsprüche bei Kriegsgesellschaften. Es wird beabsichtigt, eine gesetzliche Bestimmung herbeizuführen, auf Grund deren die Tätigkeit der Kriegsgesellschaften in allen Details und in ihren Folgenwirkungen auf die deutsche Volkswirtschaft eingehend nachgeprüft werden kann. Hierzu soll untersucht werden, welche Mißstände und unzulässige Verzerrungen aller Art bei diesen Organisationen etwa stattgefunden haben. Um die erforderliche Grundlage zu gewinnen, soll ein geschickter Jugendmann der früheren und jetzigen Angehörigen der Kriegsgesellschaften benannt werden. Alle, die Interesse an einer gründlichen Untersuchung der Tätigkeit der Kriegsgesellschaften haben, werden gebeten, Mitteilungen an Syndikus Fritz Ganten, Berlin S 59, möglichst umgehend einzulenden.

Die Verlagsanstalt Cölar Kaufmann, Charlottenburg 2, Goethestraße 99, bringt vorzügliche Antiquarische Aufnahmen (Holz Stecher) auf den Markt, und zwar Reichspräsident Oberst und Ritter Schiebmann. In gleichem Verlage ist ein Kunstblatt von Dr. Carl Liebschütz in Antiquarischer Ausführung erschienen.

Die Straßenbahn-Arbeiterwochenkarte wird, wie man uns zu unserer in Nr. 140 veröffentlichten Notiz mitteilt, auch von der Betriebsleitung der größtenteils im Besitz der Stadt Berlin befindlichen Berliner Elektrischen Straßenbahn (früher Siemens u. Halske) nur noch an Arbeiter gegeben, die nicht mehr als 50 M. Wochenlohn haben. Unsere Ausführungen, daß die Gewährung der Arbeiterwochenkarte überhaupt nicht von der Höhe des Einkommens abhängig gemacht werden darf, richten sich demnach auch gegen diese Gesellschaft und gegen die hierher stehende Berliner Stadtverwaltung. Auch hier fordern wir, daß der Zweigverband schleunigst die Betriebsleitung an die Pflicht zur Umsetzung der Vertragsbestimmungen erinnert, in denen von einer derartigen Beschränkung nichts steht.

Die 92-Millionen-Bauschuldenzinsen. Von den vom Wohnungsvorstand Groß-Berlin für 1919 bereitgestellten 92 Millionen Mark Bauschuldenzinsen sind bereits für die Beschaffung von 6- bis 7000 Mietwohnungen und von 350 Wohnungen in barackenmäßiger Bauweise 12 Millionen Mark bereitgestellt worden. Ferner sind vom Wohnungsvorstand für die Errichtung von Neubauten, und zwar für 2100 Wohnungen im Dach- und Kriechbau, 28 Millionen bewilligt worden, sobald von den 92 Millionen bereits über 40 Millionen Verfügung getroffen worden ist. Die weiteren 52 Millionen sollen in der allerersten Zeit vergeben werden.

Schöffenwahlen in den Vororten.

Infolge der Vergrößerung der Gemeindeverbände und der notwendig gewordenen Ergänzung der zurückgetretenen Schöffen finden gegenwärtig in zahlreichen Groß-Berliner Vorortgemeinden Schöffenwahlen statt, bei denen sich die neuen Mehrheitsverhältnisse widerspiegeln. In Pantow wurde gestern der Gemeindevorsteher Krankenlendenbeamer Otto Schmidt (Soz.) einstimmig zum unbesoldeten Schöffen gewählt. In Johannisthal wurden zwei Mehrheitssozialisten, der Lagervorsteher Steiner und der Maler Dühring, in Panitzsch der Führer der Sozialdemokraten, Oberlehrer Dr. Drowatzki und der demokratische Gemeindevorsteher, Mitglied des Arbeiterrotts, Streibing, gewählt.

Lichtenberg. Nach zwei vergeblichen Versuchen lagte nunmehr die erste Stadtverordnetenversammlung, Stadt, Schahmader eröffnete als Besseres und benannte die Notwendigkeit solchen Zusammenarbeitens zum Wohl der Gemeinde. Die Wahl der Stadtverordneten wurde für gültig erklärt, da kein Einspruch erhoben worden ist. Nunmehr erfolgte die Verpflichtung der Gewählten durch Oberbürgermeister Rietzen. Bei der Wahl des Bureau wurde der unabhängige Tempel zum Stadtverordnetenwörterbuch und als Stellvertreter Genosse John gewählt. In Westfern bestimmte die Versammlung unsern Genossen Bedder und den Bürgerlichen Seinerzeit, zu Stellvertretern die unabhängigen Berger und Andrus. Angenommen wurde unser Antrag auf Bildung einer Wohlfahrtsdeputation, um die bestehende Zersplitterung auf diesem Gebiete zu beseitigen. Die Anträge der unabhängigen bezüglich der Besetzung Lichtenbergs durch Regierungstruppen führte zu einer teilweise härmischen Aussprache. Die fortwährend wiederkehrende Behauptung der Unabhängigen, die Truppen hätten erst alle Vorgänge in Lichtenberg provokziert, wird durch stichhaltige Beweise nicht gestützt. Genosse Peterhansel hebt einige selbst beobachtete Fälle hervor, die sich ereignet haben, noch ehe ein Regierungssoldat in Lichtenberg zu sehen war. Genosse John bezeugt mit eindringlicher Schärfe die tief bedauerlichen Vorgänge, insbesondere die Absperrung von Gas und Wasser und weist auf die Gefährlichkeit dieser Maßnahme für Kinder und Kranke hin. Die Behauptung der Unabhängigen, wonach der Magistrat während der Unruhen nicht an seinem Platze gewesen sei, wird vom Oberbürgermeister energisch zurückgewiesen, und auch hier werden stichhaltige Beweise von den Rednern nicht erbracht. Auf eine weitere Behauptung, daß Erschließung von Regierungssoldaten herausdi worden seien, erwidert Oberbürgermeister Rietzen, daß den Tatsachen zwar Sachgen abgenommen worden sind, doch haben die Truppen diese im Rathaus abgehoben. Den Gegenbeweis vermochten die Unabhängigen, die sich im übrigen recht geräuschvoll gebärdeten, nicht zu erbringen. Ein Antrag, die Beerdigung der Toten auf Kosten der Stadt zu veranlassen, wird nach längerer Debatte durch eine Erklärung des Stadtrats Cassebaum erledigt, der vorschlägt, die Beerdigung in der bei Angehörigen von Kriegsteilnehmern üblichen Weise vorzunehmen.

Die Besetzung der Lichtenberger Polizeibeamten, die bei den letzten Unruhen in der Ausübung ihres Dienstes gefallen sind, fand gestern nachmittag unter einer unehrenhaften Beteiligung von Beamten und Zivilpersonen auf dem höchsten Friedhof in Lichtenberg statt. Der Trauerzug gestaltete sich zu einer großen Demonstration gegen den Aufruhr und die Mörder, denen die Beamten zum Opfer gefallen sind. Mehr als 10 000 Berliner nahmen am Trauerzuge teil, darunter allein etwa 4000 Beamte.

Ullersloh. Die Gemeindevorstellung wählte zu weiteren Schöffen Gustav Strapp (U. S. V. D.) und Wilhelm Jabel (S. V. D.). Einem Antrag des Genossen Kramer entsprechend wurde den Gemeindefreiwirtschaften eine Gesundheitsloge von 1200 R. für Umherkranke und von 1500 R. für Verdrähtet, rückwirkend vom 1. Januar, bewilligt. Auf Antrag des Gen. Jabel soll der Betrag für das erste Vierteljahr sofort ausbezahlt werden. Ein Antrag der beiden hiesigen sozialdemokratischen Vereine, die zwei Vorhüllklassen an der hiesigen höheren Schule zu öffnen dieses Jahres aufzulösen, wurde gegen die Stimmen der hiesigen Vertreter angenommen, nur einer Stimme für den Antrag, nachdem Genosse Schulze alle von den Bürgerlichen vorgebrachten Gegenstände widerlegt hatte. Die Beratung des Stadts wurde um 11 Uhr auf Montag vertagt.

Rechtsrat. Nach der Grundbesitzreform. In der ersten Sitzung wurde zunächst die Neuwahl von drei Schöffen vorgenommen. Genährt wurden Genosse Schwabe das I und von der U. S. V. D. Mühlrodt und St. Schulz. Ein Antrag von Mühlrodt (U. S. V. D.), die Amtsdauer der von dem jetzigen Amtsbezirk Blankenfelde zu trennen und für Rosenfeld einen eigenen Amtsbezirk zu bilden, wurde angenommen; ferner wurden für den Sicherheitsdienst vier Mann bewilligt mit einem Monatsgehalt von je 300 R. Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion werden 10 000 R. bewilligt, um Kranke Kinder nach dem Erholungsheim Senheim zu senden. Einer Eingemeindung in Groß-Berlin wurde ebenfalls zugestimmt. Sodann wurde der Beschluß gefaßt, auf den Sparweisen eine Einfamilienbelegung von 100 Häusern zu errichten. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war die Ausdehnung des Straßenbahnverkehrs. Von der Gemeinde Reinickendorf wurde die Forderung gemacht, die Linie 26 und 27 nach Rosenfeld zu verlängern und in kurzer Zeit den Bau in Angriff zu nehmen und zu diesem Zweck mit der Hoch- und Untergrundbahn in Verbindung zu treten. Zum Schluß wurde noch die Errichtung eines gemeinschaftlichen Arbeitsnachweises sowie einer Fortbildungsschule gemeinschaftlich mit der Gemeinde Reinickendorf vereinbart.

Reinickendorf. Sitzung des Gewerkschaftsrates. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils berichteten die Delegierten über die Stellungnahme ihrer Gewerkschaften zu dem in Aussicht genommenen Umlegungsplan zur Schaffung eines Gewerkschafts- oder Volkshauses. Mit einer Ausnahme stehen alle Gewerkschaften dieser wichtigen Frage sympathisch gegenüber. Dem Bericht der eingesehten Kommission war zu entnehmen, daß für allererste Zeit ein Vorkursus der Gewerkschaften geplant ist, um die Arbeiterschaft für die Errichtung eines eigenen Heims zu interessieren. Um die Arbeitertugend mit Rat und Tat zu unterstützen, soll in der nächsten Sitzung ein Jugendausschuß gewählt werden. Die Versammlung, in der Genosse Wegmann, Berlin, über die Aufgaben der Betriebsräte sprechen sollte, mußte infolge des Streiks ausfallen. Doch soll dieses baldigst nachgeholt werden.

Die Sitzungen des Rates finden am Montag vor dem 15. jeden Monats, abends 8 Uhr, bei Diemele statt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirkstag für Groß-Berlin.

Ein außerordentlicher Bezirkstag der Groß-Berliner Parteiorganisation findet

Sonntag, den 6. April, vormittags 9 Uhr, im Herrenhaus, Leipziger Straße Nr. 3, statt.

Die provisorische Tagesordnung ist folgendermaßen festgesetzt:

1. Die politische Lage.
2. Die Reorganisation der Parteiorganisation in Groß-Berlin, Statutenberatung und Beitragsschätzung.
3. Wahlen.

Die Parteivereine werden ersucht, zur Tagesordnung Stellung zu nehmen und etwaige Anträge an den Bezirksvorstand vorher einzulenden.

Die Wahl der Delegierten regelt § 8 des alten Parteistatuts. Auf je 100 Mitglieder ist ein Delegierter zu entsenden.

Der Bezirksvorstand.

Berlin. Heute Donnerstag, abends 7 Uhr: Mitgliederversammlungen

6. Abteilung: David Brauer, Bergmannstraße.

18. Abteilung: Dresdenener Garten, Dresdenstr. 4, Vortrag des Genossen Dirchfeld.

21. Abteilung bei Steffen, Landberger Allee 150.

25. Abteilung in den Subtilien, Kreuz Altdigstr. 26, Ecke Bahngasse, Vortrag des Genossen Rattner.

Pantow. Freitag, 4. April, bei 2. Dahn, Kaiser-Wilhelm-Straße 34, Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung, u. a. Ergänzungswahl des Vorstandes. Mitgliederbuch legitimiert, beim Kassierer beifügen zu lassen.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder Nr. des Briefkastens bestimmte Beiträge läßt man einen Poststempel und eine Nummer der Briefkastennummer nicht eintreten. Einmalige Beiträge tragen man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 4 Treppen, 4 bis 7, Sonnabends 3 bis 5 Uhr nachmittags vor. Geschäftsstelle und Briefkasten sind mitzubringen.

D. 2. Die Schenkenscheinfrage ist nicht ausschließlich, sondern gegen den Generalpräsidenten, wie gegen den Verein. Die Verurteilung beträgt einem Monat von der Zulassung des Urteils ab gerechnet. — **H. G. 1.** Wilmannsstraße, 1. Stadt Berlin, 2. Magistrat. Anmeldung des Antrags muß innerhalb 14 Tagen erfolgen. — **H. 24.** Vollquadrat des Arbeiters- und Soldatenrates. Das Gesetz hatten wir aber für unzulässig. — **H. G. 2.** Offen. Gärten Sie vorläufig ab. Wird Anträge erhoben, müssen Sie Ihre Einwendungen erheben. — **H. 16.** Rein. — **H. 162.** Wenden Sie sich an das Kriegsministerium. — **H. 2.** 100. 1. Sie sind schon jetzt hundertprozentig. 2. Rein. — **H. 20.** Die Folgeleistung ist nicht aufgehoben. — **H. G. 31.** 1. Die Eltern sind ebenfalls erbschuldig. 2. Ja, sofern eigenhändig geschrieben und mit Unterschrift, Ort, Datum und Datum versehen. 3. Sonst ist es nicht von der Frau durch eigene Erwerbstätigkeit erworbenen Gegenstände oder Vermögen handelt, empfiehlt sich ein besonderes Verzeichnis darüber mit Anerkennung ihrer Güter, da die Eltern für den Fall des Ausfalls von der Erbschaft der Ehefrau verlangen können. 4. Derartige Literatur erhalten Sie bei der Buchhandlung Vorwärts. Arbeit können wir Ihnen leider nicht nachweisen. — **H. G. 1.** Ja. — **Wobbitz 1000.** Sehr unglücklich, veruchen Sie es mit einem Antrag an die Erwerbslosenfraktion. — **H. G. 20.** Sonntags die Kinder, wie die Mutter anteilig. — **H. G. 75.** Rein. — **H. G. 50.** An das Vormundschaftsgericht. Ob Urlaub verweigert, läßt sich ohne nähere Kenntnis der Gründe, die zur Anordnung der Fürsorgeerziehung geführt haben, nicht sagen. — **H. W.** Schwestern Sie sich wegen Rückzahlung der Renten beim Landrat beim Regierungspräsidenten. — **H. R. 30.** Die Wahlzeit von 9 Uhr nachmittags bis 8 Uhr nachmittags muß von allen Gemeinden innegehalten werden. — **Beurteilung.** Wenden Sie sich an die Deputation für Hoch- und Fortbildungsschulen, Berlin, Rathaus. — **H. G. 1.** bis 2. Ja. — **Einpruch 150.** 1. Die Wahl kann untern Umständen mit Erfolg anstandslos werden. 2. Magistrat mögen die Antragssteller haben ebenfalls Anspruch auf die Abendnummer des „Vorwärts“. — **H. G. 58.** Sonst erhältlich. Hand haben der Anpruch bereits seit Juni 1918 zu. Wir raten, sich an den Reichsbund für Kriegsteilnehmer zu wenden, Berlin, Lindenstr. 114. — **H. 583.** 1. Ja. 2. Von der Gemeindevorstellung, ein Antrag kann die Wahl vorbereiten. 3. und 4. Ja. 5. Ohne Ihren Antrag nicht. 6. Eine Rürung der gleichmäßigen Pension würde nicht eintreten. 7. Zu dem von Ihnen beantragten Termin. — **H. Jamblich.** **H. 16.** Die Kündigung muß innerhalb eines Monats nach dem Vermerk beim Kenntnis des Veräußerungsbeschlusses erfolgt sein. — **Wentzke.** **H. 2.** Rein. — **H. 19.** Staatsanwaltschaft oder Postinspektariat. — **H. 2.** 10. Wenden Sie sich an das Kriegsministerium. — **H. 2.** 1. Ja. für das letzte Vierteljahr des Jahres 1918, das in die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1918. 2. Beim Redaktions-Briefkasten, nach Angabe der Höhe des Einkommens. 3. Amtspräsident Berlin-Schöneberg, Grünwaldstraße. — **H. 2.** 15. Es empfiehlt sich die Weiterveränderung. Es müssen innerhalb zweier Jahre mindestens 20 Beitragswochen geleistet sein und der Umfang der Rente muß im selben Zeitraum erfolgen. — **H. 2.** 1867. Sie können von der Direktion Rückzahlung oder Übertragung verlangen. — **H. 2.** 101. Wir teilen Ihre Ansicht. — **H. 21.** Ihre Tochter hat, soweit erhaltlich, Anspruch auf ein Viertel. — **Wilhelm Vinde.** **H. 2.** **H. G. 58.** Ja. — **H. 1.** Da Sie unterzeichnet haben, läßt sich nachträglich nicht tun. Wir werden Ihre Mitteilung gelegentlich vermerken. — **H. 1061.** 1. Beim Kriegsministerium. 2. Die betreffenden sind alimentationspflichtig. 3. Wenden Sie sich an den Parteivorstand, Berlin, Lindenstr. 3. — **H. 15.** Rein. — **H. G. 55.** 1. 6 Monate. 2. Die Rente haben die Schwiegerkinder, dürfen also auch vor dem Gericht eine Übertragung nicht anfechten. 3. Darüber sind wir nicht informiert. — **H. 2.** 101. 1. Bis Ende April 2. Ja. 3. zur Beendigung des Dienstvertrages. — **H. 2.** 2. Zahlung kann erfolgen, wenn Bedürftigkeit vorliegt. — **Tempel.** **Kokantienfrage.** 1. Beantwortung Sie frag beim Kriegsministerium, Berlin, Dönhofsplatz 2. Ja. — **H. 2.** 22. Ja. — **Vorwärts 22.** Scheidungsgrund entfällt ein Jahr nach Rechtskraft des auf Scheidung gerichteten Urteils. — **H. 2.** 9. Kriegsministerium. — **H. G. 1.** und 2. Ja. — **H. 2.** 4. 1. Rein. 2. Rein, jedoch kann Ihre Schwester untern Umständen für sich selbst volle Unterlegung beantragen. 3. Nicht verbindlich. 4. Landrat beim Regierungspräsidenten. — **H. 2.** 111. Bezirkskommission.

Schweizer Zigarren
aus reinem reinem Tabak
700 Stück 50 Stück
Meiner Ranztabak
je nach Güte 10 bis 20 Stk.
5, 10, 15, 20, 25, 30 Stk.
Prima Schnupftabak
Päckchen 50 bis 100 Stk.
je 1 Stk. 6 Stk. franzo
Fette Zigarren
60, 70, 80, 90, 100 Stk.
u. brauner, Röhrenweife
Kautschuk (rein)
Kollen u. Stangen 1,20 Stk.
Wien Wiednerstr. 107
u. Westmühlstr. 107
Einzelst. u. 10%, d. Betrages
Emil Haase & Co.
Berlin, Bredowstr. 9
Eigene Fabrik:
Königsstr. 57 (alt. Mathema)
Wallstr. 1 (Spittelmarkt)
Müllerstr. 2b (Hohheing)

Hebesäge
für jeden Betrieb liefert ab
Brenn 1898
G. Wagner, Göpenstr. 71

Nabe Olivierplatz
habe ich ein hübsches
Wohnhaus mit 3- u. 4-
Zimmer-Wohnungen,
ohne Läden, mit Bad,
Erker, Warmwasser-
versorgung, bei noch
billigen Mieten preis-
wert für nur 190.000 M.
bei 30-40.000 M. Anzahl
zu verkaufen. Auskunft
ert. Julius M. Bier, Leip-
ziger Str. 26, Ztr. 12250-33

Haute höchstzahlend:
**Kabel, Litzen,
Leitungsdrähte,
Motore,
Glühlampen,**
sowie sämtliche
Justifikations-Material.
Elektr. Werkstätte d. Westens
Potsdamer Straße 54.
Rufnr. 2598. 8018

Möbel
jeder Art
preiswert
Große Auswahl
Möbel-Lechner
BERLIN
Brunnenstraße 7,
Nähe Rosenhalei Platz
Teilzahlung gestattet.

Einfachere und vornehmere



**SCHLAFZIMMER
EINRICHTUNGEN**
Eiche zu Mk. 1900, 2725, 3400 u.s.w.
Nußbaum, Mahagoni, Birke, Birnbäum u. Rüßlern zu Mk. 2500-10000
Weißlackierte Schlafzimmernmöbel
*
Metallbettstellen
mit Zugfederboden von Mk. 59,- an * Großes Lager
*
Kinderwagen * Kinderbettstellen
Seidene Steppdecken Mk. 190
**BETTFEDERN
DAUNEN**
Bettfedern Fabrik mit elektr. Betrieb
Lustig
Mon achte
genau auf Firma
und den unter Glas-Kuppel
befindlichen Eingang NE 46
Berlin S. Prinsenzstr. 46/47

für
**Angebot
und
Nachfrage**
ist der
Vormärts
das beste
Insertionsblatt.

**Glyzerol
Schukremer**

Glyzerol macht das Leder weich,
geschmeidig, wasserdicht
Glyzerol durchdringt das Leder,
verhindert Bruchigkeit
Glyzerol gibt einen tief-schwarzen,
lackartigen Hochglanz
Glyzerol trocknet nicht ein, wird
nicht hart
Glyzerol ist sparsam, weil sehr
ausgiebig
Glyzerol ist aus edelstem Material
hergestellt und gänzlich
frei von bösem Geruch

**Chemische Fabrik
Glyzerol-Gesellschaft**
m. b. H.
Berlin NO. 18

Zeit-Arbeit-Geld
spart du bei Verwendung von
**Schuhcreme
Perlstern**



Luxus-Qualität * Haushalt-Marko
es haben in allen einschlägigen Geschäften
GENOSSENEN GEBR. SCHULTZ PERLSTERN

Die braunen Husaren
Kellen Freiwillige i. d. Grenzschutz ein
Unsere schließliche Heimatprovinz ist schwer
bedroht, nur tatkräftige Mithilfe jedes ein-
zelnen kann uns vor feindlichem Einfall
schützen. Wollen wir abwärts zuleben, wie
feindliche Horden raubend, plündernd und
mordend unsere friedliche Landarbeit hören
und die Industrie der Städte lahmlegen?
Wer Ruh und Wohl zu verdienen hat, wer allen die ehrentollen
Knochenflecken, der freiwillige Dienst der Manneswürde über
sich, der Disziplin und strengste Gewissenshaftigkeit der allent-
halten bestehenden Umklebung vorzieht, wer seine schließliche
Heimat liebt, der werde sich freiwillig zu dem
ruhmgelohnten braunen Husaren-Regt. Nr. 4
in Ostpreußen - Bspitzfeldern wird auf ihn! Antrag eingeleitet.
Die Bedingungen sind die des freiwilligen Eintrags!
Husaren-Regiment von Schill
(1. Schließliche) Nr. 4
1898 von Anstalt, Bismarck und Regimentalärzten.

Achtung! Achtung!
Einbruch, Mord
sind an der Tagesordnung, 30 mal billiger als eine
Belohnung von 1000 Mk.
ist die, die verlassene Wohnung sichernde
Automat-Türsicherung „ALARM“
Wenn ihnen ihr Leben und Eigentum lieb ist,
verlangen Sie noch heute Prospekt von der
Elektrotechnischen Fabrik Paul Reichardt
Berlin SW 68 Hollmannstr. 22 Mpl. 3021.

Freiwillige vor!

Meldet Euch bei den Formationen
des Generalkommandos Lüttwitz.

B E D I N G U N G E N

Mobile Pöhnung, Tageszulage 5 M., freie Unterkunft, freie Verpflegung. Für
Unteroffiziere und Mannschaften: sowie Ausrüstung, Vergütung der mit-
gebrachten Uniform. Bei Bedürftigkeit Familienunterstützung, Entlassungsgeld,
Marshgeld und Entlassungsanzug, sofern bei früherer Entlassung noch nicht
zutell geworden. Es werden noch ungediente Freiwillige angenommen. Falls
vorhanden, Militärpapiere, Waffen und Uniform mitbringen.

M E L D E S T E L L E N

Landeschützen-Korps
Berlin W 50, Ansbacher Str. 11, am Wittenbergplatz
Münster i. W., Ludgeri-Hospital, Berlin, 1. Abteilung
Garde: Stalitzer Str. 55-56.

Landesjäger-Korps
Berlin-Steglitz, Albrechtstraße 131.

Freikorps Hülsen
Werbestellen: Charlottenburg, Oranienstraße 13/15, Gemeindefschule,
Werbestellen: Berlin, Potsdamer Bahnhof / Anhalter Bahnhof /
Schlesischer Bahnhof / Sretliner Bahnhof / Lehrter Bahnhof / Bahnhof
Friedrichstraße / Bahnhof Zoologischer Garten / Bahnhof Alexanderplatz /
Bahnhof Charlottenburg.
Detachment Grothe, Charlottenburg, Sophie-Charlotte-Straße 53-54.
Detachment Oves, Berlin, Joachimsthaler Str. 31-32.
Detachment Stillfried, Lehrter Bahnhof, Fürstengymmet.

Freikorps Potsdam
Werbestellen: Potsdam, 1. Garde-Regiment zu Fuß, Garde-Jäger-
Bataillon, Garde du Corps, 1. Garde-Husaren, 1. und 3. Garde-Regiment,
2. und 4. Garde-Feld-Artillerie.

Wachkommando Generalkommando Lüttwitz
Charlottenburg, Knefedeckstr. 54.

Garde-Kavallerie-Schützen-Division
W, Nürnberger Str. 63 und 70 / Steglitzer Str. 29, Charlotten-Exeum /
Kurfürstendamm 251 / Perleberger Str. 25 / N, Amtsgericht Wedding,
Brunnenplatz / Charlottenburg, Hardenbergstr. 27 (Soldatenheim) / Knefedeck-
straße 4, am Rnie, Hotel Fürst Bismarck / Groß-Lichterfelde, Hauptkassent-
anstalt / Gartenstadt Frohnau / Gut Schönherlinde / Marine-Kat. Kadlung,
Kaiser-Allee 1-12 / Abtng. Bentner, Potsdamer Str. 22a / M.-W.-Sturmab-
teilung, Rantstr. 6 / Det. Künzel, Friedenau, Rheingaustr. 7 / Frei-
korps Pöschel, Charlottenburg, Rantstr. 162 / Freikorps Eißow, Wellen-
straße 15, II / Freiwilligenabtl. Nügel, Sepernid b. Berlin / M.-G.-Scharf-
schützenkorps Drey, Kurfürststr. 97 / Sturmabtlng. Schmidt, Nürnberger Str. 63,
Eiserne Eskadron, Annahmestelle Kurfürstendamm 229, hochparterre rechts.

Brigade Reinhard
Roabit, Neues Kriminalgericht, Turmstr. 91.

Deutsche Schutz-Division
(1. Infanterie-Division) Hauptwerbestellen: W, Hardenbergstr. 18
Werbestellen: W, Potsdamer Str. 25 / SW, Tempelhofer Ufer 21
NW, Rathenower Str. 8a / Friedrichstr. 167/168.

für Aerzte und Sanitätspersonal: Außer bei den Korps
beim Korpsarzt, Abteilung Lüttwitz, Charlottenburg, Liegenburger Straße 11.
für Veterinäre: Außer bei den Korps, bei Korpsveterinär Abteilung
Lüttwitz, Charlottenburg, Liegenburger Straße 11.
für Kraftfahrer: Ehielplatz (Dahlem), Partpl. (gem. Sonderbeding.)
für Funker u. Fernsprecher: Joachim-Friedrich-Gymnasium,
Wilmersdorf, Kaiserallee 1-12.
für flammenwerfer: Charlottenburg, Gemeindefschule,
Oranienstraße 13-15.
für K. flak-Bedienung (auch Feldartilleristen, Kraftfahrer mit
Vierad-Antrieb, M.-G.-Schützen): Kofsal, Lüttwitz, Liegenburger Straße 11.
für Eisenbahnpioniere (auch Holzarbeiter und Angehörige der
Eisenbahntuppen): Kommandeur der Eisenbahntuppen, Liegenburger Str. 11.
für leemännisch. Personal u. Motorbootsführer:
Wasseraufsicht, Liegenburger Straße 11.
für Waffenmeisterpersonal (und Gehilfen) für alle Waffen-
gattungen, bes. f. M.-G.: Stomag-Lüttwitz, Charlottenburg, Liegenburger Str. 11.
für Maschinenschreiber: Registratur 1a, Charlottenburg,
Liegenburger Str. 11.

Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben.

Ein Gesetzentwurf der Sozialisierungskommission.

Einen bedeutsamen Fortschritt auf dem Wege zur Sozialisierung bedeutet der Entwurf eines Rahmengesetzes für die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben, den die Sozialisierungskommission soeben veröffentlicht hat. Der Wortlaut der wichtigsten Bestimmungen hieraus ist:

Die Städte- und Gemeindeordnungen im Deutschen Reich müssen folgende Bestimmungen enthalten:

§ 1.

Städte und Gemeinden sowie Verbände von diesen (§ 2) haben das Recht, alle oder einzelne Unternehmungen nachstehender Wirtschaftszweige, sofern sie im Privatbesitz stehen, zu übernehmen und zu betreiben bzw. betreiben zu lassen:

1. Verkehrsunternehmungen für das Gemeindegebiet.
2. Unternehmungen zur Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Licht und Kraft.
3. Erzeugung, Beschaffung und Lagerung, Verarbeitung und Vertrieb von Nahrungs- und Genussmitteln.
4. Herstellung von Kleinwohnungen.
5. Anfallwesen.
6. Gewerbemäßige Stellenvermittlung im Sinne des Stellenvermittlergesetzes vom 2. Juni 1910.
7. Apotheken.
8. Bestattungswesen.

§ 2.

Die Gemeinden dürfen das in § 1 genannte Recht auch für andere private Unternehmungen, die vorwiegend für lokale Zwecke arbeiten, in Anspruch nehmen.

§ 3.

Städte und Gemeinden können sich zum Betrieb der in §§ 1 und 2 genannten Unternehmungen zu Verbänden zusammenschließen. Sind die Beteiligten nicht einverstanden, so kann auf Antrag einer oder mehrerer Gemeinden, welche mindestens die Hälfte der Gesamtbevölkerung sämtlicher beteiligter Gemeinden umfassen, oder auf Antrag der Kommunalaufsichtsbehörde der Zusammenschluß von der zuständigen Verwaltungsbehörde angeordnet werden.

Der § 4 bestimmt, daß das Recht einer Gemeinde oder des entsprechenden Verbandes von der Landeszentralbehörde erteilt wird und nur verweigert werden darf, wenn ihm wesentliche gemeinwirtschaftliche Interessen entgegenstehen.

§ 5 regelt das Enteignungsrecht der Gemeinden bzw. Gemeindeverbände. Die Enteignung soll bis zum Erlaß eines Reichsenteignungsgesetzes gegen Erstattung des gemeinen Wertes ausschließlich der durch die Kriegswirtschaft heraufbeschworenen Wertsteigerungen erteilt werden. Erwachsen dem Enteigneten daraus Vorteile, so ist ihr Geldwert auf die Entschädigungssumme aufzurechnen.

Nicht berührt bleiben vom Gesetz die zu öffentlicher Bewirtschaftung von Lebensmitteln gültigen Bestimmungen.

Dem Erlaß der erforderlichen Landesausführungsbestimmungen wird in dem Reichsrahmengesetz eine bestimmte Frist gesetzt.

Begründung.

In der Begründung betont die Sozialisierungskommission, daß das Gesetz lediglich einen Rahmen bilde, innerhalb dessen den Kommunen und Kommunalverbänden die Möglichkeit zur Sozialisierung gegeben werden soll. Die Einzelheiten bleiben der Landesgesetzgebung vorbehalten. Diese muß es dann den Kommunen überlassen, wie weit sie innerhalb dieses Rahmens gehen wollen. Ob noch andere Unternehmungszweige, die bisher von der kommunalen Tätigkeit nicht berührt wurden, sozialisiert werden können, bleibt besonders Gutachten vorbehalten.

Die Sozialisierung der Gemeinde kann nur dann wirksam erfolgen, wenn die Gemeinde das Monopolrecht für die fraglichen Betriebe ausüben in der Lage ist. Besonders Gewicht hat ja schon die Kriegswirtschaft auf die Rohstoffverföhrung durch die Kommunen und Kommunalverbände gelegt. Es gilt nun, alle Anlässe zu einer Sozialisierung durch die Kommunen auszunutzen und die Grundlage für eine entsprechende Betätigung der Gemeinden zu legen. Da der Gemeindeverband für das betreffende Gebiet das ausschließliche Recht des Betriebes von Unternehmungen in diesem Wirtschaftszweig erhält, erheben sich die Vorstände zunächst auf solche Wirtschaftszweige, die schon heute in zahlreichen Kommunen ausschließlich oder überwiegend als kommunaler Betrieb gelten können. Einer besonderen Genehmigung für die Übernahme der angeführten Betriebe in die Kommune bedarf es nicht; damit ist dem Grundsatz der Autonomie besonders Rechnung getragen worden.

Die Gemeinde kann bestimmen, ob sie die Unternehmungen im eigenen Betrieb führen oder durch andere betreiben lassen will. Sie kann also durch besondere Organe, wie gemeinnützige Vaugenossenschaften, Konsumtenorganisationen usw. die Kommunalisierung durchführen. Notwendig wird hierzu eine Veränderung des Genossenschaftsgesetzes, das eine Abgabe an Nichtmitglieder ausschließt. Die Lebensmittelversorgung der Gemeinden wird auch in Zukunft, insbesondere auf dem Gebiete der Milch- und Brotversorgung, der kommunalen Regelung nicht entraten können; hier werden insbesondere die Konsumtenorganisationen ein weiteres Betätigungsfeld finden. Dem Kleinwohnungsbau soll durch die Möglichkeit des Enteignungsrechts der Gemeinden für Bauhand und durch ihre Übernahme von hausgewerblichen Betrieben ein neues Feld erschlossen werden. Die anderen Gebiete der Kommunalisierung, die in den Ziffern 6 bis 8 genannt sind, entsprechen den Bedürfnissen und Wünschen zahlreicher Gemeinden.

Nach § 2 soll das Recht auf ausschließlichen Gemeindebetrieb vorwiegend den für lokale Zwecke arbeitenden Wirtschaftszweigen verliehen worden. Ausgeschlossen sind solche Unternehmungen, welche der Gemeinde gegenüber Exportunternehmungen sind, wie Spinnereien, Eisenwerke, Röhrenfabriken.

Da sich bisher der Bildung von Gemeindeverbänden vielfach dadurch Schwierigkeiten entgegenstellten, daß alle Beteiligten ihr zustimmen mußten, ist sie auch gegen den Willen beteiligter Gemeinden vorgesehen worden. Für den Groß-Berliner Bezirk wird nach Ansicht der Kommission ein Sondergesetz notwendig werden.

Unter dem gemeinen Wert, der den Enteignungsentschädigungen zugrunde gelegt werden soll, ist der normale Verkehrswert

zu verstehen, nicht etwa der volle Wert, der nach dem gegenwärtigen Preisstande zu veräußern wäre.

Der Entwurf entbehrt nicht einer wirklichen Durchführung und einer großzügigen Anlage. Freilich dürfte zwar die Entscheidung über noch zu machende Erweiterungen Anlaß geben. Da aber der Entwurf in diesem Punkte nur bis zu der Zeit Wirksamkeit haben soll, wo vom Reich ein besonderes Enteignungsgesetz erlassen wird, so dürfte auch diese Regelung keinen wesentlichen Schwierigkeiten begegnen. In Anbetracht der erst kürzlich erfolgten Neuwahlen der Gemeindevertretungen, deren Ergebnis für den Kurs der künftigen Kommunalpolitik von entscheidendem Einfluß ist, würde eine baldige Beratung und Verabschiedung des Entwurfs nur zu begrüßen sein.

Reformen im Auswärtigen Amt.

Berlin, 10. März. In der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes stehen auf organisatorischem und sonstigem Gebiete Reformen bevor. Insbesondere werden auch namhafte Journalisten mehr als bisher zur Mitarbeit herangezogen werden. Nachdem bereits der frühere Hauptsekretär der „Berliner Morgenpost“ Rudolf Cuno einberufen worden ist, werden demnächst der bekannte Sozialdemokrat Paul Kampfmeyer, früher Hauptmitarbeiter der „Münchener Post“, und der Politiker und Kunstschriftsteller Karl Federer in die Nachrichtenabteilung einberufen, von denen dieser namentlich die auf den Völkerverbund bezüglichen Angelegenheiten, jener die Fragen der internationalen Arbeiterpolitik auf dem Preßgebiet bearbeiten werden. Endlich wird die Kunstvermittlung an die deutsche Presse über die auswärtige Politik den neuzeitlichen Erfordernissen entsprechend verbessert werden.

Arbeiter aufs Land!

Erleichterungen für den Umzug und doppelte Haushaltsführung.

Eine Verordnung, die lange erwartet wurde, ist mit sofortiger Gesetzeskraft ergangen. Sie bietet den aufs Land oder in die Forstwirtschaft gehenden Arbeitern neue große Vorteile und soll damit unsere künftige Ernte, die durch den großen Landarbeitermangel außerordentlich gefährdet scheint, endgültig sichern stellen. Die Bestimmungen, welche die Arbeiter vor allem betreffen, enthält der § 4. Erwerbslose, die der Gemeinde ihres letzten Wohnortes den Nachweis erbringen, daß sie eine Stelle in der Land- oder Forstwirtschaft übernommen haben und ihren Wohnsitz zu verlegen wünschen, erhalten folgende Vergünstigungen:

1. Freie Fahrt in den Beschäftigungsort sowie eine angemessene Beihilfe zu den Reisekosten.
2. Dasselbe erhalten die zur Weiterführung des Haushalts notwendigen mitreisenden Familienangehörigen, wenn der Gemeinde des letzten Wohnortes nachgewiesen wird, daß auch deren Unterkunft am neuen Wohnort gesichert ist. In diesem Falle wird auch freier Umzug durch die Bahn gewährt, den die Gemeinde, in welcher der Arbeiter zuletzt gewohnt hat, bezahlt.
3. Bleiben aber die Familienangehörigen am alten Wohnort und gehen nicht mit aufs Land, so bekommen sie, solange der Familienvater auf dem Lande oder in der Forstwirtschaft arbeitet, die Familienunterstützung weiter, und zwar bis zu dem 1. 1. nach der Zuzugnahme, die als Höchstbeträge den Familienangehörigen der Erwerbslosen gewährt werden können. Diese Zuschläge können in bar gezahlt werden oder in Gewährung von Lebensmitteln, Mietunterstützungen und dergleichen bestehen.
4. Außer dem Lohn haben die auf dem Lande in Selbstverforgungsbetrieben beschäftigten Arbeiter noch das Recht auf Selbstverforgungserstattungen, die bekanntlich höher sind als die sonst vom Staat gewährte Lebensmittelzuteilung.
5. Endlich werden die Arbeiter auf dem Lande bei Pachtungen oder bei sonstiger Nutzung von Land für den Bedarf ihres Haushalts bevorzugt, so daß sie auch hierdurch sich mit Bequemlichkeit bessere und billigere Ernährungsbedingungen schaffen können.

Es sei nochmals betont, daß den Arbeitern bei den unter 1 bis 5 aufgeführten Vergünstigungen keinerlei Kosten entstehen. Die Gemeinde des letzten Wohnortes hat diese zu tragen oder zu verauslagern. Der Arbeiter bleibt davon unberührt.

Beschäftigungsvericherung oder Steuerflucht?

Uns wird geschrieben: „Der Anker“, vielleicht auch andere Versicherungsgesellschaften, versichert zurzeit „vertrauliche“ Prospekte, in denen zum Abschluß einer näher gekennzeichneten Beschäftigungsvericherung aufgefordert wird. — Danach wird den Firmen nahegelegt, die Beschäftigten bzw. Gesellschafter oder auch Prokuristen oder Betriebsleiter zugunsten der Firma für den Todesfall bzw. Fall des Erlebens eines bestimmten Alters zu versichern. Angeblich handelt es sich hierbei nicht um eine gewöhnliche Kapital- oder Lebensversicherung, sondern um eine Schadensversicherung; der betreffenden Firma soll der Schaden versichert werden, den sie dadurch erleidet, daß eine für den Betrieb wichtige Person altert oder vorzeitig abledet.

In seltenen Fällen mag eine solche Beschäftigungsvericherung unter diesem Gesichtspunkt angebracht sein und abgeschlossen werden. Im allgemeinen aber dient diese Aufmachung nur als Deckmantel. Wer aufmerksam den Prospekt liest, spürt wohl bald etwas. Man lese: „Die für eine solche Versicherung aufzuwendenden Mittel bleiben als Aufwendungen zur Sicherung und Erhaltung des Ertrages steuerfrei. Sie können insbesondere nach den Gutachten hervorragender Steuerexperten als solche dem steuerpflichtigen Einkommen nicht hinzugerechnet werden.“ Und weiter: „Die Prämienpflegen aber Geschäftskostenkonto verbucht zu werden, und die Versicherung kann, je nach den zur Verfügung stehenden Mitteln, mit jährlicher oder auch mit einmaliger Prämienzahlung“ (eventuell sogar mit Rückstellung bis zu 8 Jahren) „geschlossen werden.“

Da liegt der Haken im Pfeffer! — Vorhandene Kriegsgewinne sollen auf dem Wege über das Geschäftskostenkonto spurlos verschwinden, um als steuerlich angeblich unantastbare „Schadensversicherungspolice“ neu zu entstehen.

Sollte wirklich die Beschäftigungsvericherung sich durch die im Entwurf vorliegenden Kriegsteuergesetze hindurchschlagen, so ist es Zeit, dem lächerlichen Vorschlag der Steuerdefektoren einen Riegel vorzusetzen.

Schiebungen von J.E.S.-Agenten.

Das Treiben der holländischen Aufkäufer.

Schwere Angriffe gegen die J.E.S. bringt die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“. Nicht nur wird dieser auch anderwärts vielfach angefeindeten Gesellschaft vorgeworfen, daß sie beim Einkauf von

Lebensmitteln im neutralen Ausland billig verlagert habe, der Verfasser, ein deutscher Industrieller in Holland, stellt auch fest, daß die Agenten der J.E.S. in Holland durch Ausfuhr deutscher Artikel in Holland glänzende Geschäfte mache und infolge des Preisstandes unserer Voluta ungeheure Gewinne erziele. Der Verfasser berichtet, daß durch die beschriebene Preispolitik der J.E.S. dem deutschen Volke große Mengen an Lebensmitteln entzogen sind, die verhältnismäßig billig (ein Pfund Lebensmittel 8.50—7.00 M.) zu haben gewesen wären. Ganz besonders bemerkenswert ist der Vorwurf, daß man zum Einkauf von Lebensmitteln noch nicht einmal 100 Leute nach Holland zu senden verstanden habe. Nun sammeln sich heute in Holland große Mengen von Lebensmitteln infolge des amerikanischen Angebotes.

Die Notwendigkeit, auch ausländische Lebensmittel vorläufig noch zu rationieren, macht es erforderlich, daß diese Einrichtung bestehen bleibt — man mag sich dazu stellen wie man will. Die Neutralen weigern sich übrigens neuerdings, anders als durch die J.E.S. Lebensmittel nach Deutschland zu liefern. Um so mehr aber ist es erforderlich, daß die Wirtschaft aufhört. Die Tatsache, daß die Lebensmittel im Ausland die von uns zugestanden Höchstpreise um ein Weniges überschreiten, — sie bleiben damit noch längst hinter den Schleichhandelspreisen zurück —, darf für die Einfuhr kein Hemmnis sein. Hier muß eine großzügige Organisation an die Stelle bürokratischer Bedenken treten. Für schamlose Eigenbräute von Agenten ist aber darin kein Raum. Deshalb erwarten wir, daß die erhobenen Angriffe einer eingehenden Prüfung unterzogen werden und daß nötigenfalls ein gründlicher Personenwechsel die Mithände abstellt, die einer sorgfältigen Erfassung aller nur erreichbaren Lebensmittelbestände entgegenstehen.

Unabhängige Gesetzesmacherei.

Die provisorische preussische Verfassung ist vom Verfassungsausschuß in den Grundzügen nach der Regierungsvorlage angenommen worden. Preußen erhält keinen Staatspräsidenten und der Charakter Preußens als Republik wird in der Verfassung ausdrücklich festgelegt. Der Widerstand dagegen war äußerst schwach und es zeigte sich wieder einmal, daß die bürgerlichen Parteien nicht erkrankt versuchen, an der jungen deutschen Demokratie etwas abzuhandeln.

Nur die unabhängigen Sozialdemokraten bleiben in ihrem Kampf mit der Demokratie und der Vernunft. Nachdem der grundlegende erste Verfassungsparagraphen Preußen zur Republik erklärt, beantragen sie: „Die Mitglieder des Hauses Hohenzollern sind für alle Zeit abgesetzt.“ Wovon abgesetzt? Von der Republik? Aber die Republik kennt überhaupt keine herrschende Familie mehr. Die Republik ist eben Republik.

Pensionen.

Man schreibt uns:

Mit gewaltigem Erstaunen hat man aus der Posenitz Hoffmann-Osternich erfahren, daß ein Mann, der wenige Wochen Unterstaatssekretär gewesen ist, zeitweilig 12000 M. Pension erhalten soll, ohne zuvor Beamter gewesen zu sein und etwa durch die Länge seiner Staatsdienstzeit einen Pensionsanspruch erworben zu haben.

Es ist selbstverständlich, daß in einer parlamentarischen Republik die Minister häufiger wechseln werden, als in der halbabsolutistischen Monarchie. Damals wurden meistens altegediente Beamte Minister, heute werden es Vorkämpfer, die einen ganz anderen Beruf haben; nach ihrem Rücktritt über sie ihn wieder aus, und da sie doch fast immer auch Abgeordnete sind, beziehen sie daneben auch diese Einkünfte.

Das Volk würde es einfach nicht verstehen, wenn im neuen Deutschland, unter völlig veränderten Verhältnissen, jeder, der einmal Minister oder Unterstaatssekretär, Vortragender Rat und dergleichen gewesen ist, zeitweilig eine hohe Pension dafür beziehen würde. Für einen solchen kostspieligen Unfug darf es weder Raum noch Geld geben.

Es geht nicht vorwärts.

Man schreibt uns:

Im September 1918 stellte ich bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte den Antrag auf Rückzahlung der geleisteten Beiträge für obige Versicherung, da ich auf Grund meiner Tätigkeit nicht versicherungspflichtig bin. Nachdem nun Ermittlungen über Ermittlungen eingeleitet worden sind, erhielt ich endlich 9. Dezember 1918 den Bescheid, daß meine Rückversicherungsspflicht anerkannt ist und die Rückzahlung eingeleitet werden sollte. Ich gab mich damit zufrieden und erwartete die Rückzahlung des Geldes. Jedoch verging eine Woche nach der anderen, die Reichsversicherung ließ jedoch nichts von sich hören. Auf zwei Bescheidverordnungen erhielt ich gar keine Antwort, bis ich endlich auf mein drittes Schreiben den kurzen Bescheid erhielt: Es schweben noch „Ermittlungen“. — Nachdem also am 9. Dezember 1918 meine Rückversicherungsspflicht anerkannt worden ist, schweben nach einem viertel Jahr noch immer „Ermittlungen“; ich bin gespannt, wann diese endlich ein Ende haben werden, und ob ich nach diesem Jahr endlich mein Geld erhalten werde.

Die internationalen Kriegskosten.

Englische Blätter geben eine Darstellung der Kriegskosten an Hand der Veranschlagung der einzelnen beteiligten Mächte; danach betragen die Staatsschulden und die Zinskosten der einzelnen Mächte in Pfund Sterling (etwa je 20 M.):

	Vor dem Krieg	Nach dem Krieg	Vor dem Krieg	Nach dem Krieg
	Kriege	Kriege	Kriege	Kriege
	Staatsschulden	Staatsschulden	Zinsen	Zinsen
England	1 285	8 950	40	847
Frankreich	1 315	7 500	52	368
Amerika	200	2 250	5	96
Rußland	990	4 900	40	270
Italien	550	3 000	20	150
Serbien	160	350	7	17
Rumänien	60	250	4	18
Serbien	25	150	2	7
Entente (ohne Japan)	4 565	28 800	170	1 270
Deutschland	240	8 000	8	400
Oesterreich-Ungarn	765	6 000	83	337
Türkei	180	450	10	17
Bulgarien	45	200	3	12
Zentralmächte	1 210	14 650	84	773
Sämtliche Länder	5 775	40 000	254	2 043

Somit hat sich also die gesamte Staatsschuld verdreifacht und die Verzinsung verdreifacht. Die Steigerung ist jedoch bei den Zentralmächten, insbesondere bei Deutschland und Oesterreich, erheblich größer als bei den Ententemächten.

Keine Universität Hamburg. In der Bürgerchaftsstimmung der Freistadt Hamburg wurde die Regierungsvorlage zur Errichtung einer Universität in Hamburg mit 85 gegen 65 Stimmen abgelehnt.

Gewerkschaftsbewegung

Die Lohnbewegung der Bäcker.

Tarifvereinbarung — Brotpreisverhöhung.

Die Vertretung der Bäckermeister hat mit den Vertretern des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren über die Forderungen der Gesellen verhandelt. Man hat sich auf einen Tarifentwurf geeinigt, der folgende Mindestlohnbestimmungen festsetzt: für Gesellen in Großbetrieben 110 M. (gefordert wurden 120 M.), in Kleinbetrieben 100 M. (gefordert wurden 110 M.), für weibliche Hilfskräfte 60 M. — Für Ausbilden pro Tag in Großbetrieben 30 M., in Kleinbetrieben 18 M., weibliche Hilfskräfte in Großbetrieben 10 M., in Kleinbetrieben 9 M.

In der gestern nachmittag abgehaltenen Versammlung des Groß-Berliner Zweigverbandes der Bäckermeister führte Obermeister Müller aus, nachdem die vorstehende Lohnvereinbarung zustande gekommen war, haben die Bäckermeister versucht, den Magistrat zu überzeugen, daß die Lohnverhöhung sowie die Preisverhöhung der Materialien (Weizen, Getreide, elektrischer Strom usw.) eine

entsprechende Erhöhung des Brotpreises

notwendig mache. Während die Meister die notwendige Preisverhöhung auf 15 Pf. für das einzelne Brot berechneten, hält die Magistratskommission eine Erhöhung um 10 Pf. für ausreichend. Obermeister Müller ist der Meinung, daß die Bäckermeister mit 10 Pf. auskommen könnten. Dagegen wurde aus der Versammlung lebhafter Widerspruch erhoben und eine Erhöhung um mindestens 15 Pf. verlangt. Wie der Referent weiter ausführte, hat der Hochwahlschuß des Magistrats ausgerechnet, daß eine Preisverhöhung von 8 Pf. ausreichte, um die den Meistern entstandenen Mehrkosten zu decken. Die endgültige Entscheidung über die Festsetzung des Preises wird der Lebensmittelverband Groß-Berlin am heutigen Donnerstag treffen. Sollte er einer Preisverhöhung von mindestens 10 Pf. nicht zustimmen, was sei dann zu tun? fragte der Referent. „Zunächst, freieren“ riefen ihm mehrere Versammlungsteilnehmer zu. Doch der Referent antwortete: Das kann es nicht geben. (Zurufe: Warum denn nicht?) In einer Zeit, wo es keine Weizen, keine Kartoffeln gibt, (Zurufe: Was geht uns das an?) wäre es Verrat am Vaterlande, wenn wir freieren wollten. Man würde unsere Bäden fürchten und alles in Grund und Boden schlagen, wenn wir die Arbeit einstellen. Also von einem Streik der Bäckermeister kann keine Rede sein. Aber wir werden den Tarif nicht unterschreiben, wenn uns nicht eine Brotpreisverhöhung bewilligt wird.

Nach lebhafter Diskussion wurde eine Resolution angenommen, wodurch die Versammlung dem Tarif trotz höchster Bedenken gegen einzelne Teile desselben zustimmt und erklärt: Als Vorbedingung der Annahme ist jedoch eine Brotpreisverhöhung um mindestens 10 Pf. erforderlich, da eine Preisermäßigung nach Angabe der Behörden ganz unbrauchbar ist. Sollte der Lebensmittelverband Groß-Berlin wider Erwarten dem nicht zustimmen, so ist der Tarif abzulehnen. In diesem Falle wird der Vorstand des Zweigverbandes beauftragt, in neue Verhandlungen mit dem Lebensmittelverband und der Gewerkschaft einzutreten bzw. das Schiedsamt anzurufen.

Krise in der Berliner Metallindustrie?

Die Verhandlungen des Verbandes der Berliner Metallindustriellen mit den Arbeitsgemeinschaften der Angestelltenverbände hatten zu einem Schiedspruch des Einigungsamtes geführt. Die Arbeitgeber erklären nun, diesen Spruch nur dann annehmen zu können, wenn die Weibnachtsgratifikation nur einmal zur Anrechnung komme. Durch diese Auslegung des Spruches werden die Zulagen, die sonst für die Angestellten herausgegeben wären, wesentlich herabgesetzt. Unter diesen Umständen werden die Angestellten erneut zu dem Ergebnis der Einigungsverhandlungen Stellung nehmen müssen. Eine Versammlung der Obmänner der Angestellten-Ausschüsse der Metallbetriebe wird sich am Freitag, den 21., nachmittags 1/2 8 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12, mit dem Einigungspruch befassen. Dort wird auch über den Stand der Verhandlungen betr. Werkmänner und Werkstattdirektoren berichtet werden.

Die Angestellten des statistischen Landesamts

hielten am gestrigen Nachmittag eine von rund 400 Angestellten und Beamten besuchte Versammlung ab. Unter der Leitung des Arbeiterrates Behmann kam es zu einer sehr lebhaften Aussprache. Es wurde in schärfster Form darüber Klage geführt, daß die Leitung des Amtes und ein Teil des Beamtenkörpers noch immer nach den alten Grundgedanken des verlassenen Königreichs sein Unwesen triebe. Den Anordnungen der Regierung werde nicht nachgegeben und die Abmachungen, die das Ministerium des Innern mit den Angestellten getroffen habe zu deren Nachteil verbrocht. Zwei Herren (Akademiker) habe man unter dem Vorwand der Unbrauchbarkeit wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation gemahregelt, obgleich sich beide über vier Jahre im Amte bewährt haben. Es wurde einstimmig beschlossen, diese Herren unter allen Umständen zu halten. Gegen eine Reihe von Beamten wurden schwere Anschuldigungen erhoben. Dem Personalchef Oberregierungsrat Kühnert wurde vorgeworfen, den Tarifbestand schwerer Strafbare Fälschungen zugunsten einiger von ihm begünstigter Beamten verdonnelt zu haben. Einem dieser Leute habe er oben-dreien wider besseres Wissen ein glänzendes Zeugnis ausgestellt und einem anderen Fälscher sogar den Rechnungsbuchhalter verschafft. Gegen einen Herrn Polenz, der Vortreiber des Zentralbureaus werden sollte, wurde mit größter Schärfe polemisiert. Dieser habe sich sogar dazu hergelassen, einem Herrn L., den man entfernen wollte, durch drei Kriminalbeamte als Geisteskranken nach Doldorf schaffen zu lassen. Dieser Herr ist nach fünf Tagen, als sich keine volle Zurechnungsfähigkeit erwies, wieder aus der Anstalt entlassen worden und bezieht seinen Dienst weiter. Wegen der Verdröberung des Herrn Polenz erhob die Versammlung einstimmig Protest. Ferner forderte die Versammlung die sofortige Entlassung eines Beamten Rieger, dem die Fälschung eines dienstlichen Erlasses zugunsten eines Angestellten zur Last gelegt wird. Ebenso einstimmig wurde die sofortige Entlassung des Personalchefs Oberregierungsrats Kühnert gefordert, dem sie wegen der obenangeführten Fälle die moralische Qualifikation für seinen Posten abspricht. Gegen den Präsidenten Dr. Saenger wurde erdrückendes Anklagematerial vorgebracht. In einer sehr großen Zahl von Fällen soll er sich als unzuverlässig erwiesen haben, Anordnungen der Regierung nicht befolgt oder unterdrückt haben und sich als dispositionsunfähig erwiesen haben. Seine sofortige Amtsentlassung wurde ebenfalls einstimmig gefordert. Eine alle Beschwerden und Forderungen der Versammlung präzisierende Denkschrift wurde einstimmig genehmigt. Die Angestellten verlangen hierauf bis zum 25. März eine zusage Antwort.

Gewerkschaftliche Organisation der Blumengeschäftsangestellten.

Vom Verbandsvorstande der Gärtner und Gärtnereiarbeiter wird uns geschrieben:

Die Angestellten der Blumengeschäfte (Blumen-, Vinderrinnen und andere Personen) bekunden in der neueren Zeit ein starkes Verlangen nach gewerkschaftlicher Organisation. Der Preis der in diesen Betrieben Tätigen ist aber nicht hoch genug, daß es geraten wäre, dafür eine besondere Organisation ins Leben zu rufen. Andererseits haben diese Angestellten sehr enge Beziehungen zum Gärtnerberuf und es sind in Blumengeschäften viele gelernte Gärtner tätig. Der Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter (Berlin S. 42, Lützowufer 1) hat sich darum der Blumengeschäftsangestellten schon seit längerer Reihe von Jahren angenommen und für dieselben eine besondere Abteilung eingerichtet, die gegenwärtig zwischen 700—800 Mitglieder aufweist, eine Zahl, die angesichts der einschlägigen Verhältnisse schon als sehr ansehnlich zu bezeichnen ist, die natürlich noch um vieles wachsen kann, wenn die Organisationsfähigen noch mehr als bisher ihrer Pflicht gedenken. Es muß hierauf nachdrücklich aufmerksam gemacht werden, und die freigewerkschaftlichen Arbeiter sollten mit achtgeben helfen, daß die Blumengeschäftsangestellten, zumeist junge Mädchen und Kinder von Arbeitereltern, dem Verbands der Gärtner und Gärtnereiarbeiter zugeführt werden, der heute über 11000 Mitglieder zählt. Der Verband ist in einer größeren Anzahl von Städten in Unterhandlungen auf Abschluß von Tarifverträgen mit den zuständigen Vereinen der Blumengeschäftsinhaber. Mit dem Hauptverbande Deutscher Blumengeschäftsinhaber ist ein Zentraltarifvertrag in Vorbereitung.

Eine große Unzufriedenheit

macht sich jetzt unter den Einlassierern, Einnehmern und Kassensboten über die von einigen Versicherungsgesellschaften, Subdirektionen und Generalagenturen beliebige Auslegung des am 17. Februar 1919 von dem Einigungsamt gefällten Schiedspruches bemerkbar.

Während in den meisten Betrieben das sogenannte Provisorium den in Frage kommenden Kassensboten bzw. Einnehmern gezahlt worden ist, weigert sich die „Wilhelma“, Taubenstraße, und „Freia“, Bellevuestraße, sowie die verschiedensten Generalagenturen, das Provisorium unter der Voraussetzung anzuerkennen, daß dieselbe für die Einnehmer und Kassensboten nicht in Frage kommt, eine diesbezügliche Forderung auch nicht gestellt sei.

Der Abschluß des Schiedspruches sagt indessen: Bis zum endgültigen Abschluß des Tarifvertrages sind den Angestellten vom 1. Januar 1919 ab folgende Monatszuschläge zu zahlen: usw.

Die Einnehmer und Kassensboten müssen doch ohne Zweifel auch zu den Angestellten und müssen infolgedessen auch den auf sie entfallenden Zuschlag von 75 M. erhalten.

Die Forderung des Provisoriums ist auch dem Statut des Verbandes der Versicherungsgesellschaften, Herrn Dr. Kohrbed, der Beginn der Verhandlungen durch Voten zugestimmt worden.

Auch wurde in der Luftparten-Versammlung anlässlich der Verichterstattung über die gepflogenen Verhandlungen vor dem Einigungsamt vom Berichterstatter Schmidt ausdrücklich erklärt, daß auch die Einnehmer und Kassensboten Anspruch auf das Provisorium haben. Weshalb nun die Schwereigkeiten einzelner Gesellschaften und Generalagenturen?

Die „Wilhelma“ und „Freia“ wollen quäbist 50 M. zahlen. Den Einnehmerinnen will man überhaupt nichts zahlen. Gerade die Kerntzen der Armen sollen ausgeschaltet werden.

In einer überfüllten Versammlung der Einnehmer, Einlassierer und Kassensboten wurde zu der Frage Stellung genommen und die zuständige Organisation, der Transportarbeiterverband, beauftragt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß den Angestellten ihr Recht wird. Auch wurde in der Versammlung bemängelt, daß in bezug auf den am 31. März 1919 zum Abschluß gelangenden Tarifvertrag der Verband der Versicherungsgesellschaften noch keinerlei Beratungen mit der Organisation gepflogen hat, was auf eine erneute Verschleppungsklausel schließen läßt.

Die Einnehmer, Einlassierer und Kassensboten sind indessen nicht gewillt, sich erneut an der Nase herumführen zu lassen. Wollen die Gesellschaften Ruhe und Frieden in ihren Betrieben aufrechterhalten, so müssen sie ihrerseits auch dafür Sorge tragen, daß die Verhandlungen sofort aufgenommen werden.

Die Anstellung von Bauarbeiterkontrolluren

In den Bundesstaaten nach dem Vorbild in Preußen hat eine nicht zu unterschätzende Förderung erfahren. Das Reichsarbeitsamt hat durch Schreiben vom 23. Dezember 1918 sämtlichen Bundesregierungen das Rundschreiben des Staatskommissars für Wohnungswesen an die Regierungspräsidenten vom 18. Dezember 1918 betreffend die Anstellung von Bauarbeiterkontrolluren mitgeteilt und ihnen nahegelegt, diese Sache in gleicher Weise zu regeln. Bekanntlich sollen danach staatl. Kontrolluren unter der Mitwirkung der Gewerkschaften solche amtliche Kontrolluren obligatorisch angestellt werden. Von einer Zahl von Bundesregierungen ist bereits die Mitteilung eingegangen, daß sie derartige Anstellungen in die Wege geleitet oder in Aussicht genommen haben.

Die Vertriebsgruppe der Kriegsmetall-Werkstoffe des Zentralverbandes der Handlungsgeschäften veranstaltet heute abend im Ringgold einen „gejelligen Abend“.

Jugendveranstaltungen.

Wilmersdorf, heute 7 1/2 Uhr bei Schäfer, Brandenburgische, Ecke Mannheimer Straße: Vortrag für Jugendliche, dem sich die Gründung der „Arbeiter-Kinder-Wilmersdorf“ anschließen soll.

Verantwortlich für Vorkill: Kurt Adler, Charlottenburg. Im den übrigen Teil des Blattes: Alfred Gabel, Kaufmann für Anzeigen, Theodor Bloch, Berlin. Verlag: Bornhards-Verlag, S. 11, Berlin. Druck: Bornhards-Verlag, Berlin. Verlagsanstalt: Paul Singer & Co. in Berlin, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen.

Schlafzimmer

weiß lackiert / 1 Schrank, 2 Tische, 120 cm breit / 1 Waschtisch, lackierte Holzplatte, 92 x 53 cm / 2 Nachtschubel, lackierte Holzplatte / 2 Bettstellen, 100 x 95 cm / 2 Polster, über M. 1450.—

Eigene Tapezierwerkstatt zum Anfertigen von Polstermöbeln und Dekorationen

Moderne Beleuchtungskörper jeder Art

A. WERTHEIM

Leipziger Straße Königstraße Moritzplatz Rosenthaler Straße

Ständige Ausstellung

einggerichteter Wohnräume

Wohnzimmer Einzelmöbel in reicher Auswahl zur Ergänzung vorhandener Wohnungsarrangements

Garten- und Verandamöbel / Korbmöbel

Schlafzimmer

weiß lackiert / 1 Schrank, 2 Tische, 120 cm breit, 1/4 für Wäsche eingehängt / 1 Waschlöscher mit hoher Rückwand, Platte 110 x 60 cm / 1 Spiegel / 2 Nachtschubel, 2 Bettstellen, 200 x 100, 1735.—

Eiserne Bettstellen Matratzen · Reiskissen Metall · Kinderbettstellen

* Farbige Seidenbeleuchtungen und Lampenschirme

Keine Kosten mehr!

Sie haben nicht mehr nötig, sich mit schmerzhaften Aneifen und Brillen herumzuplagen oder mit Gläsern, die Ihren Augen nicht zusetzen. Die Kuhnle-Garantie verbürgt Ihnen Zufriedenheit.

In der Garantiezeit bis zu drei Jahren wird Ihnen nicht nur jeder Schaden an der Fassung, außer Glasbruch, kostenlos erlegt, auch wenn er durch Ihre eigene Unvorsichtigkeit entstanden ist, sondern Sie können sogar ein ganz neues, gleichwertiges Augenglas beanspruchen, wenn es un-

möglich ist, das zerbrochene wie neu herzustellen oder wenn Sie mit dem Stige, dem Aussehen oder überhaupt mit der Fassung nicht mehr zufrieden sein sollten.

Die große Garantie beginnt bei jeder Aneife- oder Brillenfassung von M. 8,50 ohne Gläser an, wofür Sie schon Gold-Doublé erhalten können.

Die Augenuntersuchung ist kostenlos. Wir garantieren für Brillen der Gläser und, was ebenso wichtig ist, für guten Stig.



Optiker Ruhnke

Verlangen Sie noch außerhalb Berlins unseren Optiker zum Selbstbestimmen passender Gläser nach Verlangen.

C. Spittler, S. 1, Ecke Wollte, Alexanderplatz, neben Schinger

W. Leipziger Str. 112, Ecke Mauertstraße, Ecke Potsdamer Str. Friedrichstr. 152a, Ecke Leipziger Straße, Friedrichstr. 106, Ecke Jägerstr.

H. Chauvest, 72, Invalidenstr. 164, Ecke Brunnenstr. NW, Friedrichstr. 150, C. Dorosteinstr. Schöneberg: Hauptstr. 21, am Kaiser-Wilhelm-Denkmal

Friedenau: Rheinstr. 18, Ecke Rindstr. gegenüber der Rindstr.-Ecke Wilmersdorf: Berliner Str. 122, an der Wilmstr.

Neu! S. Rottbuser Tamm 16, nahe Warenhaus Jandori Neukölln: Bergstr. 4, gegenüber Rindstr. Spandau, Breite Straße 18.

Charlottenburg: Tauentzienstr. 15, Ecke Neubauer Straße. Joachimsthaler Straße 2, am Bahnhof Zoo.